

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

Nr. 68

Febr./März 2014



Tür auf für Klimaschutzagentur?

Haushalt 2014 – Rat verabschiedet sich

Stadtbibliothek – nur noch halbe Sache

INHALT

Haushaltskonsolidierung	
Gaga Groko will XXL-Rotstift	3
Zoff um die Kreisumlage	4
Bibliotheksgesellschaft kritisiert Kürzungen	
„Gravierende Beeinträchtigungen“	5
Stadtwerke GmbH will wieder in den Energiemarkt	
Der Vorhang auf und alle Fragen offen	7
Klimaschutz vor Ort	
Kommt Klimaschutzagentur Südheide?	9
Fünf Jahre zweifelhafte Mietwerterhebung	
Alle Fragen bleiben offen	11
Meldungen	14
Laternengespräche	
Wölfe in der Stadt	16
Institutioneller Rassismus á la carte	
51 Abzocke von Flüchtlingen in Eschede?	18
Flüchtlingswohnungen in Eschede	
„Schöner Wohnen ...“	19
Veranstaltungen des Rosa Luxemburg Clubs zu	
Rentenpolitik und Energiepolitik	20
Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt	
„Blut und Ehre“ von Röpcke und Speit	21
Hells Angels pachten Gaststätte in Westercelle	
»Rocker« und Rechtsextremismus	23
Im Wald und auf der Heide	
Vegan Guerilla #03	25
»Genosse« Franziskus: Diese Wirtschaft tötet	26
Helmut Maria Soik	
Wir klagen um Aphroditis Kanellos	27
Termine in Kino, Kultur & Politik	30



Gerade hören wir von Außenminister Steinmeier, dass die in der Ukraine verabschiedeten Gesetze zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit „in eine Sackgasse“ führen. Und Originalzitat: „Repression darf keine Antwort auf eine politisch kontroverse Debatte sein.“ Worum geht es? Zitieren wir mal einen beliebigen Presseticker: „Künftig kann der nicht erlaubte Aufbau von Bühnen oder Zelten an öffentlichen Orten mit bis zu zwei Wochen Haft bestraft werden. Bis zu fünf Jahre Gefängnis drohen bei der Blockade öffentlicher Gebäude, Demonstranten mit Masken oder Helmen können [...] künftig mit Geldbussen bestraft werden.“ Ach was? In Deutschland kann eine Zuwiderhandlung gegen das Vermummungsverbot mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr geahndet werden. Vor zwei Jahren setzte die Polizei in Frankfurt bei den »Blockcupy-Tagen« ein nahezu komplettes Demonstrationsverbot rund um die EZB durch. Selbstverständlich kann hierzulande jede Blockade als Nötigung verfolgt werden; Strafmaß: bis zu drei Jahren. Kann Politik verlogener sein?

Am Wochenende, als wir über der Endredaktion dieses Heftes sitzen, wäre Arno Schmidt 100 Jahre alt geworden. Er starb 1979 an den Folgen eines Hirnschlags. Und wir – wir bangen gerade darum, dass der Macher unserer website die schweren Folgen seiner Hirnblutung und des folgenden Schlaganfalls soweit übersteht, dass wir vielleicht doch irgendwann wieder am Samstag mit ihm im Cafe Wichtig sitzen können, im Rio's Gin »verkosten« und über die »Arabellion« streiten können. Dafür drücken wir alle Daumen, die wir haben. Ihr werdet in den nächsten Monaten auf seine sarkastisch-ironischen Aufmacher unserer website verzichten müssen.

bis zur nächsten Ausgabe – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro, Linke/BSG-»Laden«, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Gaga Groko will XXL-Rotstift

Im Juli vergangenen Jahres wandte sich die SPD im Rat der Stadt Celle mit der kuriosen Bitte an die anderen Fraktionen, „bis zum Vorliegen erster Vorschläge der KGSt keine haushaltsrelevanten Anträge einzubringen.“ Dieser Aufforderung zum Verzicht auf eigenständiges politisches Handeln folgte der größte Teil des Rates jetzt bei der Verabschiedung des Haushalts 2014. Die übliche intensive Beratung von Haushaltspositionen entfiel. Warten ist angesagt. Warten auf das Gutachten der »Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement« (KGSt). Die für 100.000 Euro engagierten Sparkommissare sollen richten, wozu sich die gewählte Repräsentanz nicht in der Lage sieht: Der Haushaltspolitik eine Richtung zu geben, die die weitere Anhäufung von Schulden beendet. – Wo die »ganz-ganz große Koalition« (Gaga Groko) im Rat dann aber doch nicht abwarten wollte, war die Kürzung beim Beschaffungshaushalt der Stadtbibliothek von den üblichen 100.000 Euro jährlich auf 50.000 Euro. Einzig die Fraktionen der Unabhängigen und Die Linke/BSG versagten hier konkret wie auch dem Kurs der Expertokratie ihre Zustimmung.

Kurzer Rückblick: Die Finanzsituation der Stadt Celle hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert. Die Höhe der Einnahmen hält mit den Ausgaben nicht Schritt. Eine im vergangenen Jahr beschlossene Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuern war insoweit längst überfällig; ein bis heute nicht hinreichend erklärter Einbruch bei den Gewerbesteuern (gegen den bundesweiten Trend) vertiefte aber sogar das Haushaltsloch. Als Hoffnungsträger erkor Mitte 2013 ein Bündnis aus CDU, SPD, Bündnis'90/Die Grünen, FDP und Wählergemeinschaft die »KGSt«. Sie soll nach dem aktuellen Zeitplan bis März/April 2014 Vorschläge vorlegen. Schon im Juni, so der Plan, soll der Rat dann einen Nachtragshaushaltsplan beschließen, der die erarbeiteten Einsparvorschläge beinhaltet.

Bis dahin wird die seit Juli letzten Jahres bestehende Haushaltssperre praktisch fortgeschrieben. Grundlage hierfür sind die rechtlichen Vorgaben des § 116 NKomVG zur haushaltslosen Zeit, was normalerweise nur die kurze Frist zwischen dem Auslaufen eines alten und einem noch nicht beschlossenen bzw. genehmigten neuen Haushalt betrifft. Danach darf die Stadt nur Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, wenn hierfür rechtliche Verpflichtungen bestehen oder „die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar ist. Sogenannte „freiwillige Leistungen“ gehören hierzu nicht.

Was geht hier eigentlich vor? Die parlamentarische Repräsentanz gibt mit der Zustimmung zu einer Haushaltssperre alle noch vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten an die Verwaltungsspitze ab. Der Weg zum Rot-

stift-Paket wird mit der Abgabe der Steuerungshoheit an die KGSt anonymisiert, für deren Vorschläge gibt es keine politisch Verantwortlichen, oder anders gesagt: die politische Verantwortlichkeit wird verschleiert. Der (Vor-)Entscheidungsprozess findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, ja – im großen sogar unter Ausschluss der Ratsöffentlichkeit. Insoweit ist der Verweis von Oliver Müller, Fraktionschef Die Linke/BSG, auf „griechische Verhältnisse“ ziemlich treffend: Es geht um die Ausschaltung von demokratischer Beteiligung. »Demokratie« soll als »Raum gesellschaftlicher Auseinandersetzung« erst dann wieder geöffnet werden, wenn das »Sparpaket« abstimmungsreif geschnürt ist. Und dann soll am besten auch nichts mehr »verhandelt« werden. Erwartet wird nur noch ein JA oder NEIN zum großen Ganzen.

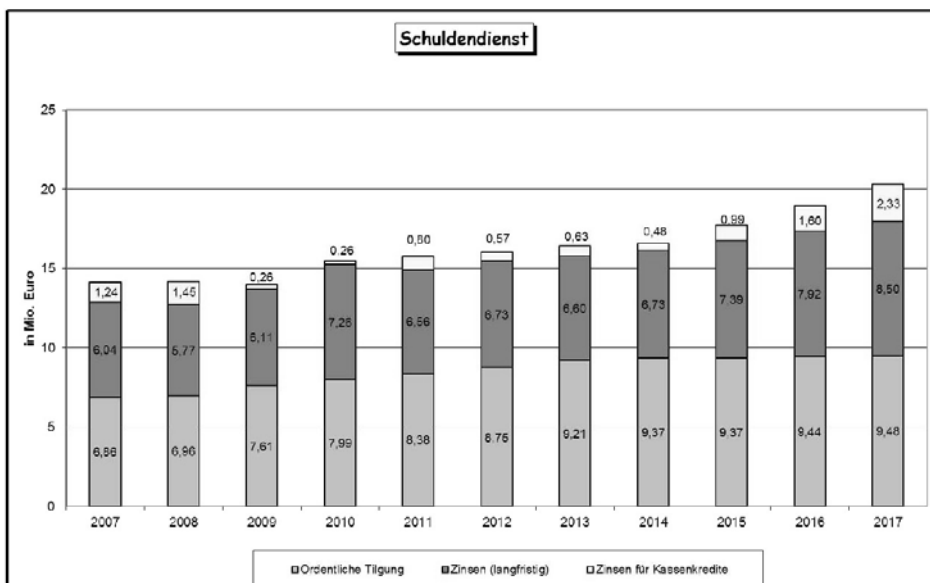


Werfen wir hier einen kurzen Blick auf die Phrasen der KGSt – Originalton in der Ratssitzung, in der sie ihr »Konzept« vorstellte: „Packen Sie ein großes, niveauvolles Paket. Verzichten Sie auf kleine Päckchen. In großen Paketen ist für jedermann was drin.“ Und: „Braten Sie niemanden eine Extrawurst, geteiltes Leid ist halbes Leid!“ Was versteckt sich hinter diesen Spruchweisheiten? Es geht darum, das Ziel der »Haushaltskonsolidierung« so zu verallgemeinern, dass jegliches Konkrete dagegen bedeutungslos erscheint. Und: Wenn in allen Bereichen gleichzeitig gekürzt wird, könne sich niemand darüber beschweren, dass dies ausgerechnet hier oder dort passiert. Merkwürdiger Gedanke: Warum sollte sich bei fünf Leuten, die beklaut werden, niemand beschweren, weil auch der/die andere beklaut wird?

Erinnert sich noch jemand an das Trauerspiel namens »Bürgerhaushalt«? Celle sieht sich bekanntlich als »Bürgerkommune«; auf der städtischen Website ist zu lesen: *„Die Bürgerkommune ist eine Kommune, in der sich die Bürgerinnen und Bürger am Gemeinwesen engagiert beteiligen. Dazu gehört aber auch, dass die Kommune umgekehrt Bürgerbeteiligung und Bürgerorientierung ernst nimmt und zu ihren wichtigsten Handlungsfeldern zählt.“* Aber jetzt wo es, wie Oberbürgermeister Mende, verlauten ließ, *„ans Eingemachte geht“*, braucht man eins vor allem nicht: die Kritik von Bürgerinnen und Bürgern. Und das beschriebene Verfahren: monatelanges bewerten und aushandeln hinter verschlossenen Türen, dann ein extrem kurzer Zeitraum bis zur Verabschiedung des XXL-»Sparpakets«, dieses Verfahren soll absichtsvoll jede gesellschaftliche Diskussion unterbinden.

Die einzigen Akteure, die sich aktuell im Stadtrat gegen dieses Verfahren wenden, sind die Ratsfraktionen von Die Linke/BSG und den Unabhängigen. Die »Gaga Groko« dagegen hat sich in einer Art Selbstsuggestion einem inhaltslosen »Sparkurs« verschrieben und wird – wie die erbärmliche Auseinandersetzung um die Kürzung bei der Stadtbibliothek zeigt – dies mit protestantischem Pathos (*„Wer A sagt, muss auch B sagen.“*) bis zum für die Bürgerinnen und Bürger bitteren Ende durchhalten. Die repräsentative (Kommunal-)Politik schafft sich so selbst ab – die aufgeregten öffentlichen Verlautbarungen um die Frage der Kreisumlage zwischen SPD und CDU sind ein reines Schauspiel, um dem noch geneigten Publikum so etwas wie Differenz vorzuspiegeln. Das dies nicht mehr auf gesteigertes Interesse stößt, lässt sich verstehen; leider lässt auch die Rotstift-Politik kein gesteigertes Interesse und damit auch kaum Gegenwehr erwarten. Aber – wir irren gelegentlich und räumen das dann auch gern ein.

Die Grafik unten zeigt die jährliche Belastung des Haushalts der Stadt Celle durch Tilgung und Zinsen. Zinsen für Kassenkredite sind dabei Dispo-Zinsen vergleichbar, wobei Städte allerdings sehr niedrige Zinssätze zu zahlen haben.



Zoff um die Kreisumlage

Cellles Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende, SPD, und Landrat Klaus Wiswe, CDU und Chef der Landkreisverwaltung, streiten sich mal wieder um das, was bekanntlich selbst Freundschaften zerstört: das vermehrte Geld. Es geht um 2–3 Millionen Euro, die der eine gerne hätte und die der andere nicht rausrücken will. Genauer gesagt geht es um die sogenannte Kreisumlage.

Die Kreisumlage ist die wohl bedeutendste Einnahmequelle des Landkreises. Sie wird von den einzelnen Gemeinden erhoben. Die Höhe richtet sich nach der Steuerkraft (hauptsächlich die Gewerbesteuer) und den Schlüsselzuweisungen der einzelnen Gemeinden. Seit 2012 werden darauf 52 % als Kreisumlage erhoben. Wer viel Finanzkraft hat, der zahlt auch viel – umgekehrt, umgekehrt. Die Stadt Celle hat viel und zahlt viel, für 2014 – nach Angaben von OB Mende – etwa 40 Millionen Euro an den Landkreis; das ist etwa die Hälfte der gesamten Kreisumlage.

Nun prognostiziert der Landkreis für seinen Haushalt 2013 einen Überschuss von 12,6 Millionen Euro und für das Jahr 2014 einen Überschuss von 11,6 Millionen Euro. Das erweckte logischerweise die Begehrlichkeiten von OB Mende, der schließlich einen defizitären Haushalt zu verantworten hat: Die Stadt sei klamm und die Kreisumlage sei nicht dafür da, um Schulden des Landkreises abzubauen und dort Investitionen zu bezahlen. Dazu zitierte er etliche Paragraphen. Landrat Wiswe sieht das anders und verweist auf einen gemeinsamen Beschluss von CDU, FDP und SPD vom 15. März 2012 im Kreistag: Der besagt, dass die 52 % Kreisumlage bis 2014 gelten soll und dass bei Überschüssen 50 % davon an die Gemeinden zurückfließen und 50 % beim Landkreis bleiben soll. Dumm gelaufen für die SPD.

Im Dezember 2013 lehnte der Kreistag eine beantragte Senkung der Kreisumlage mit den Stimmen von CDU, FDP und WG ab. Darauf bekräftigte Oberbürgermeister Mende, dass er die Einleitung von rechtlichen Schritten prüfen werde.

P.S.: Für die wesentliche finanzielle Ausstattung der Kommunen / Gemeinden ist eigentlich der Bund, sprich Berlin, zuständig. Das kommt in der ganzen Debatte nicht vor. Entsprechend hüllen sich unsere Bundestagsabgeordneten, die auch gleichzeitig Mitglied des Kreistages sind, - Militärfan Henning Otte, CDU, und Verkehrsexpertin Kerstin Lüthmann, SPD - in Schweigen. Von Berlin aus betrachtet, ist der heftige Streit auf der unteren Ebene wahrscheinlich auch ganz amüsant.

„Gravierende Beeinträchtigungen“

Mitte Januar beschloss der Stadtrat mehrheitlich in einer Art Zwischen-Haushalt einen gravierenden Einschnitt für die Celler Stadtbibliothek. Dafür stimmten die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis '90/Die Grünen, FDP und WG, dagegen die Unabhängigen und die Fraktion die Linke/BSG.

Vergeblich hatte sich damit in der ersten Runde die Celler Bibliotheksgesellschaft für den Erhalt der Qualität eingesetzt. In einem Schreiben an die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) vom 6. Januar stimmte die Bibliotheksgesellschaft aber schon auf die nächste Runde ein. Denn im Juni soll auf Grundlage eines Gutachtens der KGSt ein Nachtragshaushalt beschlossen werden. Der Vorsitzende der Bibliotheksgesellschaft, Jürgen Brandes, argumentiert in seinem Schreiben deshalb auch schon im Hinblick auf diese Abstimmung. Wir finden: Besser lässt sich kaum für die Stadtbibliothek und den Erhalt der Zweigstelle am Lauensteinplatz argumentieren. Und deshalb dokumentieren wir hier das Schreiben:

Sehr geehrter Herr Greskowiak, sehr geehrte Frau Vogel,

zunächst dürfen wir uns vorstellen: Die Bibliotheksgesellschaft Celle unterstützt - entsprechend ihrer Satzung - Bibliotheken und fördert das Lesen in Stadt und Landkreis Celle, ehrenamtlich und uneigennützig. Wir geben regelmäßig Geld- und Sachspenden, nicht zuletzt an die Stadtbibliothek Celle; alle zwei Jahre führen wir die *Jugendbuchwoche* mit Lesungen von Jugendbuchautoren durch und erreichen damit jeweils etwa 10.000 Kinder und Jugendliche; bei dem Projekt *Les-Experten* schenken wir alle zwei Jahre den Bibliotheken - auch in Celle - Pakete mit 15 Jugendbüchern, und die Schüler erhalten Anreize, mindestens vier der Bücher zu lesen. Mit der Bürgerstiftung Celle betreiben wir das Sprachförderungsprojekt für ein- und zweijährige Kinder, an dem auch alle Bibliotheken beteiligt sind.

Wir wenden uns an Sie, weil wir davon ausgehen, dass Sie sich unter dem Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung bei der Stadt Celle auch mit der Stadtbibliothek Celle befassen werden. Wir befürchten, dass bei den Erörterungen die Stadtbibliothek Schaden nehmen könnte. Deswegen möchten wir Ihnen gern in einem Gespräch unsere Sorgen und Vorstellungen näher darlegen. Wir bitten Sie, hierzu einigen Mitgliedern unseres Vorstandes möglichst bald Gelegenheit zu geben.

Zur Vorbereitung des Gesprächs skizzieren wir kurz das Problem:

Nach dem Haushaltsplan 2013 standen der Stadtbibliothek für die Anschaffung von Büchern und Zeitschriften 100.000 € zur Verfügung (Produktkonto

272100.4271310). Diesen Betrag konnte die Stadtbibliothek jedoch für 2013 nicht ausschöpfen, weil seit 3.7.2013 eine haushaltswirtschaftliche Sperre bei den Produktkonten für Sach- und Dienstleistungen im Ergebnishaushalt von 40% und eine hundertprozentige Sperre der verfügbaren Mittel für freiwillige Leistungen ohne rechtliche Bindung galt. Schon dies hat die Stadtbibliothek erheblich beeinträchtigt, weil sie von der Regelung für die freiwilligen Leistungen betroffen war.

Der Entwurf des Haushaltsplans für 2014 sieht eine Kürzung der Mittel für die Anschaffung von Büchern und Zeitschriften von 100.000 € auf 50.000 € vor. Diese Kürzung würde nach unserer Überzeugung die Stadtbibliothek daran hindern, ihre Aufgaben hinreichend zu erfüllen.

Aber selbst dieser Betrag wird etwa für das 1. Halbjahr 2014 nicht verfügbar sein, weil der Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss am 11.12.2013 empfohlen hat, den Haushaltsplan 2014 ohne Einzelberatung zu beschließen und die Verwaltung zu verpflichten, nach Genehmigung des Haushalts bis zum Erlass der angestrebten Nachtragshaushaltssatzung die Bestimmungen für die haushaltslose Zeit nach § 116 NKomVG anzuwenden. Was das für die Stadtbibliothek bedeutet, ist kei-



neswegs sicher, weil nur schwer einzuschätzen ist, inwieweit hier Auszahlungen *für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar* sind (§116 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 NKomVG). Die ungewöhnlich lange quasihaushaltslose Zeit macht die Einschätzung zusätzlich schwierig, und deshalb ist zu erwarten, dass in dieser Zeit die Aufgaben der Stadtbibliothek noch über den im Haushaltsplan-Entwurf ohnehin enthaltenen radikalen Einschnitt hinaus leiden werden.

Nach unserer Überzeugung dürfen diese gravierenden Beeinträchtigungen der Aufgabenerfüllung in der Stadtbibliothek keinesfalls über den Zeitpunkt des Wirksamwerdens des geplanten Nachtragshaushalts hinaus fortwirken.

Der Rat hat am 20.12.2013 die von der Verwaltung neu gestalteten und komprimierten Fachziele bestätigt und zugleich zugestimmt, dass sie als Filter für Sparvorschläge im Konsolidierungsprozess genutzt werden. Das erste der jetzigen drei herausragenden Fachziele lautet: *Sicherung und Schaffung von eigenen kommunalen Strukturen für lebenslanges Lernen.*

An diesem Fachziel müssen sich alle Konsolidierungsmaßnahmen messen lassen, die die Stadtbibliothek betreffen.

- Öffentliche Bibliotheken sind Bildungseinrichtungen für Jung und Alt, für Kindergartenkinder, für Schülerinnen und Schüler, für Menschen in der Aus- und Fortbildung, für Berufstätige, auch und nicht zuletzt für Senioren.
- Ob eine Bibliothek ihre Aufgabe erfüllen kann, hängt zu einem wesentlichen Teil davon ab, ob sie mit den Medien ausgestattet ist, die die Nutzer benötigen und von der Bibliothek erwarten. D. h. Bibliotheken müssen aktuell sein. Und sie müssen auch hinsichtlich der neuen Medien bei Ausstattung und Inhalten auf dem jetzigen Stand sein.
- Bibliotheken müssen in der Lage sein, die benötigten Beratungs- und Betreuungsleistungen zu erbringen.

Mit der im Entwurf des Haushalts 2014 enthaltenen Kürzung für die Anschaffung von Büchern und Zeitschriften wären die Anforderungen nicht mehr zu erfüllen. An diesem Punkt muss sich erweisen, ob das Ziel, eigene kommunale Strukturen für lebenslanges Lernen zu sichern und zu schaffen, realisiert wird oder nicht. Die Frage stellt sich jetzt, und die Hoffnung, vielleicht für 2015 oder später den Anschaffungsetat erhöhen zu können, kann nicht als Realisierung dieses herausragenden Fachziels in Betracht gezogen werden.

Das Ziel *Sicherung und Schaffung von eigenen kommunalen Strukturen für lebenslanges Lernen* wird zu Recht herausgestellt. Alle Bildungseinrichtungen einschließlich Bibliotheken stellen einen zentralen Standortfaktor für eine Gemeinde dar, aus der Sicht von jungen Familien, aus der Sicht von Unternehmen, aus der Sicht von Be-

rufstätigen wie aus der Sicht von Senioren. Eine Gemeinde, die dies nicht beachtet, hat schon verloren.

Wir gehen davon aus, dass die KGSt auch die Zweigstelle Lauensteinplatz der Stadtbibliothek in ihre Betrachtungen einbeziehen wird. Allgemeine organisatorische Überlegungen in der Richtung, Dependancen seien un-zweckmäßig, wären nach unserer festen Überzeugung in diesem Fall nicht vertretbar:

Die Zweigstelle in diesem schwierigen Stadtteil arbeitet exzellent:

- Sie ist Anlaufstelle für 7 Schulen und für Kindergärten.
- Hier ist zwischen den Büchern ein Treffpunkt, für Jung und Alt, für Alteingesessene und für neue Bürger.
- Sie leistet beste Integrationsarbeit.
- Sie bringt viele Veranstaltungen für Leser und ist eine feste Größe im Stadtteil.

Die Stadtbibliothek am Arno-Schmidt-Platz könnte all dies nicht übernehmen:

- Klassen der 7 Schulen um den Lauensteinplatz herum und die Kindergärten würden nicht die Hauptstelle aufsuchen.
- Die Integrationsleistung der Zweigstelle in diesem Stadtteil fiele weg.
- Die Senioren, die zum Lauensteinplatz kommen, würden nicht in die Innenstadt fahren.

Würde die Zweigstelle geschlossen, fielen diese Leistungen großenteils ersatzlos weg. Das wäre mit dem herausragenden Fachziel *Sicherung und Schaffung von eigenen kommunalen Strukturen für lebenslanges Lernen* nicht vereinbar. [...]



Protestaktion im Dezember 2013.

Die website der Bibliotheksgesellschaft:

<http://www.bg-celle.de/>

Vorhang auf und viele Fragen offen

Die Celler Stadtwerke GmbH will wieder in den Strom- und Gasvertrieb einsteigen. Damit würde der regionale Grundversorger Celle-Uelzen Netz GmbH (vorher: SVO) einen Konkurrenten auf einem Teil seines Marktes bekommen. Auch wenn offen ist, ob sich neben der großen E.ON-Tochter tatsächlich ein neuer lokaler Anbieter am Energiemarkt die erforderlichen Anteile sicher kann: Der Versuch hätte einiges für sich. Allerdings scheint das Projekt schon in den Startlöchern stecken zu bleiben. Zum einen gibt es selbstverständlich erhebliche Widerstände von der Celle-Uelzen-Netz GmbH, zum andern scheinen nicht alle mit dem Energievertrieb verbundenen Ziele problemlos realisierbar. Aber eins nach dem anderen.

Der Strom-, aber mehr noch der Gasmarkt wird in der Stadt von der Celle-Uelzen-Netz GmbH dominiert. Vor gut zehn Jahren hatten die Stadtwerke ihr Geschäftsfeld Strom- und Gasversorgung an die Stromversorgung Osthannover (SVO) abgetreten, sprich: Der Sektor wurde privatisiert, wobei in unterschiedlichen Konstellationen letztlich bei der SVO immer der Energieriese E.ON das Sagen hatte und hat. Bei der Neuvergabe der Energiekonzessionen vor gut drei Jahren gab es Bestrebungen zur Rekommunalisierung der Energiewirtschaft. Doch die Stadt schaffte es nicht, wobei finanzielle Gründe und Risiken ausschlaggebend waren.

Im Rahmen der Neuvergabe der Konzession kam es allerdings seinerzeit zu einer Umschichtung der Unter-

nehmensanteile an der SVO: E.ON behielt über seine Tochter Avacon 50,1 %, wobei aber die auf die Landkreise Celle und Uelzen sowie die Städte und Gemeinden der beiden Kreise entfallenden Anteile auf zusammen 49,9 % erhöht wurden. Die Stadt Celle hält 13,9 % der Anteile. Über die Konzessionsabgabe und die Aktiendividende erzielt die Stadt netto jährlich jeweils rund 3,5 Millionen Euro. Jetzt will man ein weiteres kleines Stück vom großen Energiekuchen, auch wenn es auf Kosten des Konzerns geht, von dem man Aktien besitzt.

Trotz der Deregulierung der Energiemarktes sind in der Stadt Celle die allermeisten Haushalte bei ihrem Grundversorger, der Celle-Uelzen Netz GmbH, geblieben. Und dies, obwohl bei einem Wechsel bekanntermaßen durchaus Geld gespart werden könnte. Zum einen herrscht aber gerade in der älteren Bevölkerung die Einschätzung, dass beim Grundversorger eine größere Versorgungssicherheit gegeben wäre, zum anderen bietet er eben tatsächlich Geschäftsstellen in den beiden Kreisstädten, während bei anderen Anbietern zumeist eine internetbasierte Kommunikation die Voraussetzung ist. Vor diesem Hintergrund aber hat die Stadtwerke GmbH dann tatsächlich einen Standortvorteil gegenüber überregionalen Anbietern. Neben einem seriösen Ansehen, das einfach aus der Tatsache erwächst, dass die Stadtwerke GmbH der Stadt (also den Bürger*innen) gehört, soll es auch eine Geschäftsstelle vor Ort geben, womit überregionale Konkurrenten eben nicht aufwarten können. Deshalb ist durchaus vorstellbar, dass die



Ab 1906 wurde die Stadt vom »Städtischen Elektrizitätswerk« in der Hafenstraße mit Strom versorgt.

Stadtwerke GmbH der Celle-Uelzen Netz GmbH Kundinnen abjagen kann.

Der Energiemarkt gliedert sich seit der Liberalisierung in »Lieferanten« und »Netzbetreiber«. Lieferanten (also künftig eventuell auch die Stadtwerke) besitzen kein eigenes Leitungsnetz; der Netzbetreiber hier vor Ort ist die Celle-Uelzen Netz GmbH. Die Stadtwerke GmbH liefert dann also Strom und Gas durch ein fremdes Netz, wofür sie an den Netzbetreiber sogenannte Netzentgelte zu entrichten hätte. Für die »physische« Auslieferung der Energie ist dann der Netzbetreiber zuständig. Die ganzen darauf dann basierenden Marktzusammenhänge sind in gewisser Weise virtuell; der Begriff dafür lautet »Bilanzkreismanagement«.

Vor diesem Hintergrund ist das vom seit Mitte des Jahres agierenden Stadtwerke-Geschäftsführer Thomas Edathy entworfene Konzept vergleichsweise simpel: Er will ausschließlich im Gebiet der Stadt Celle und ausschließlich an Privatkund*innen bzw. Eigengesellschaften der Stadt verkaufen. Die für dieses Geschäft erforderlichen Arbeiten sollen zu einem großen Teil von externen Dienstleistern erbracht werden, also z.B. der Einkauf von Strom und Gas, die Abrechnung und das Bilanzkreismanagement. Die Stadtwerke GmbH selbst betreibt im Kern dann nur die Geschäftsstelle und macht Kund*innen-Akquise. Und am Ende soll dann mehr Geld herauskommen, als hineingesteckt wurde.



Zwei Aspekte spielen eine Rolle: Ein Teil des Geschäftsmodells basiert darauf, dass die Stadtwerke GmbH ihre eigenen »Töchter«, also das Badeland und die Parkbetriebe mit Energie versorgt. Wichtiger ist aber folgender Aspekt — und da wird es dann kompliziert:

Die Stadtwerke GmbH will mit dem neuen Geschäftsfeld die Wirkungen der gesetzlichen Neuregelung des »steuerlichen Querverbunds« aushebeln. Bis zum Jahr 2009 war es steuerrechtlich vergleichsweise unproblematisch Dauerverlustgeschäfte wie z.B. in Celle das Badeland oder die Parkbetriebe gegenzurechnen mit den gewinnbringenden Sparten, dazu gehören in Celle Trinkwasser und die Dividenden aus den bei der Stadtwerke GmbH abgelegten E.ON-Aktien. So wurden schlicht und einfach Steuern »gespart«, rund 600.000 Euro jährlich. Dieser Steuerspartrick funktioniert aber nicht mehr so einfach. Der steuerliche Querverbund

könnte aber wirksam bleiben — so die Hoffnung —, wenn es eine enge technisch-wirtschaftliche Verflechtung zwischen Defizitsektoren (also Badeland und Parkbetriebe) und dem gewinnbringenden Energiesektor gibt — und diese »enge Verflechtung« könnte dann eben darin bestehen, dass die Stadtwerke GmbH ihren Töchtern die Energie liefert. Sicher allerdings ist dies nach jüngsten Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts auch nicht.

Wenn das Geschäftsmodell »Energienlieferant« aufgeht, soll diese Sparte in zehn Jahren jährlich einen Gewinn in Höhe von rund einer Million Euro abwerfen. Dazu aber müsste sich die Stadtwerke GmbH Schritt für Schritt etwa 20 Prozent der potenziellen Kund*innen im Stadtgebiet angeln. Ob das realisierbar ist? Wahrscheinlich muss dafür nicht nur der Preis konkurrenzfähig sein, sondern es muss auch das Konzept stimmen.

Auf den ersten Blick ist es durchaus plausibel, die aus dem Energieverkauf entstehenden Gewinne lieber der Stadt zukommen zu lassen als den Aktionär*innen des Atomenergiekonzerns E.ON. Aber sollte man deshalb z.B. von einem echten Öko-Stromanbieter zu den Stadtwerken wechseln? Die Stadtwerke GmbH wird zwar ein konkurrenzfähiges Ökostromangebot haben, aber das Hauptgeschäft wird mit dem normalen Strommix laufen. Immerhin soll auch im Gasbereich ein »klimaneutrales« Produkt angeboten werden (wobei hinsichtlich der »Klimaneutralität« hier Fragezeichen angebracht sind). Für energiepolitisch aufgeklärte Kund*innen muss dann wahrscheinlich schon etwas mehr dazu kommen: z.B. ein Engagement im Klimaschutz und in der Energieberatung. Das aber scheint aktuell nicht Bestandteil des Geschäftsmodells zu sein. So dürfte das zugkräftigste Argument das Label »Celle« sein, also eine positive Identifikation mit der »eigenen Stadt«. Aber ob es das in hinreichendem Maße gibt?

Aktuell ist das Projekt, wie wir hören, erst mal bis zur Jahresmitte auf Eis gelegt. Warum? Einerseits besteht die Hoffnung, in den nächsten Monaten könne sich, vielleicht auch gesetzgeberisch, die Frage des steuerlichen Querverbunds zu Gunsten des Geschäftsmodells der Stadtwerke ändern. Zum ändern aber macht die Celle-Uelzen-Netz GmbH erheblichen Druck. Sie hat eine Drohkulisse aufgebaut. Dabei geht es um Sponsoring im Vereinsbereich, es geht um die Mittel für den Klimaschutzfonds — vor allem aber geht es um eine deutlich sinkende Konzessionsabgabe an die Stadt. Heiko Gevers, Fraktionsvorsitzender der CDU, beziffert das Drohpotenzial auf immerhin bis zu 800.000 Euro. Dazu müsste die Celle-Uelzen-Netz GmbH jedoch ein ziemlich kompliziertes Verfahren in Gang setzen, denn sie müsste ihre »Grundversorgungskunden« bewegen, zu so genannten »Normsonderkunden« zu werden. Das allerdings ist jetzt so kompliziert, dass dieses Problem hier nicht weiterentwickelt werden soll.

Trotzdem: Die Drohung steht, die Frage des »steuerlichen Querverbunds« ist ungeklärt. Und so ist der Vorhang zwar noch nicht zu, aber »alle Fragen offen«.

Chance auf Klimaschutzagentur Südheide

Anfang Dezember brachte die Fraktion Bündnis '90/Die Grünen im Kreistag den Antrag zur Gründung einer »Klimaschutzagentur Südheide« ein. Diese Initiative ergänzt aufs Beste einen vor zwei Jahren von Die Linke/BSG im Stadtrat gestellten Antrag, der immer noch im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, Umwelt und Klimaschutz beraten wird. Im vergangenen September stellte dort der Geschäftsführer der Klimaschutzagentur Weserbergland, Tobias Timm, seine Einrichtung vor. Sein Vortrag machte anschaulich deutlich, was überhaupt die Aufgaben einer Klimaschutzagentur sein können und welche Bedeutung sie auch im ländlich strukturierten Raum haben kann. Wir wollen die wesentlichen Aspekte vorstellen und abschließend eine Bewertung und politische Einschätzung versuchen.

Eins ist klar: Klimaschutz wie auch Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel müssen vor Ort umgesetzt werden. Gesetze und Verordnungen müssen in den Städten und Gemeinden Akteure finden, die sich mit Engagement an die Umsetzung machen. Das Klimaschutzkonzept der Stadt weist als Ziel aus, dass Celle bis 2050 bezogen auf den Primärenergieverbrauch eine »energieautarke Stadt« werden will. Und schon bis zum Jahr 2020 soll eine Reduzierung der CO₂-Belastung um 40 Prozent erreicht werden. Wie kann eine Klimaschutzagentur dabei helfen?

Die »Klimaschutzagentur Weserbergland« nahm Anfang 2011 ihre Arbeit auf. Gesellschafter sind der Landkreis Hameln-Pyrmont mit seinen Städten und Gemeinden sowie die Stadtwerke Hameln, die Stadtwerke Bad Pyrmont, E.ON Westfalen Weser und ein Förderverein. Die sechs Städte und Gemeinden sind mit jeweils sechs % (zusammen 36 %) beteiligt, der Landkreis mit 18 %, der Förderverein mit 16 % und zwei Stadtwerke und eon Westfalen-Weser mit jeweils 10 %.

Die Aufgabe der Klimaschutzagentur besteht in der Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Engineering von Bürger*innen, Unternehmen und Kommunen. Dezentrale Informationsstellen wurden eingerichtet und Info-Abende in den Kommunen durchgeführt.

Im Bezug auf die Bürger*innen steht die Kampagne »Mach dein Haus fit!« im Zentrum. Die Beratung ist kostenlos sowie hersteller-, gewerke- und produktneutral. Basis der Beratung ist hierbei die Einschätzung des energetischen Gebäude-Zustands. Darauf aufbauend wird zielgerichtet über sinnvolle Modernisierungsmöglichkeiten und Einsparpotentialen informiert (Wärmedämmung für Dach, Keller und Fassade; Erneuerung der Fenster; Erneuerung der alten Heizungsanlage; Einbau einer Solaranlage; Lüftungstechnik) sowie Hinweise zu Fördermöglichkeiten gegeben. Als enorm wichtig hat sich dabei die Kompetenz der Berater*innen erwiesen.

In den ersten beiden Jahren des Bestehens wurden rund 3.000 Kurzberatungen und 407 Detailberatungen durchgeführt. Rückfragen ergaben, dass in 56 % der Fälle nach den Beratungen energetische Maßnahmen umgesetzt und in weiteren 15 % konkret geplant oder schon beauftragt waren. Auf Ratschlag der Energieberater*innen hin, haben sich davon 42 % für neue energiesparende Heizanlagen entschieden, 31 % entschieden sich für neue Fenster, 22 % für die Erneuerung der Umwälzpumpe. 30 % beauftragten die Dämmung der obersten Geschossdecke, 28 % die Dämmung ihres Dachs und 18 % eine Außenwand-Dämmung. Überzeugende Argumente für den Einbau von Sonnenkollektoren zur Warmwasser-Bereitung sahen 21 %, für den Einbau einer Solarstromanlage 8 % der Hausbesitzer*innen. 18 % setzen auf die Dämmung der Heizungsrohre, 20 % auf die Dämmung der Kellerdecke. Den hydraulischen Abgleich zur Optimierung der Heizungsanlage sahen 26 % für relevant an. Der Anteil an weiteren energetischen Sanierungsmaßnahmen beträgt 36 %.



Dieses Titelbild der »Imagebrochure« führt ein bisschen in die Irre – es handelt sich nicht um »greenwashing pur«

Die damit ausgelösten Investitionen summieren sich auf 6,55 Mio. Euro. Der sich daraus ergebende Mittelwert von 21.850 Euro ist insoweit wenig aussagekräftig, als die Investitionen zwar in fast der Hälfte der Fälle zwischen 10.000 bis 50.000 Euro, aber eben auch 27 % unter 5.000 Euro lagen. Die Summe der eingesparten Heizenergie beläuft sich auf 2.347.200 kWh/a, die Summe der eingesparten CO₂-Emission auf 568.000 kg/a bzw. 20.000 t pro Lebensdauer.

Gegenüber Unternehmen bietet die Klimaschutzagentur basierend auf einem so genannten Impulsgespräch die Erstellung eines Energiekonzepts und die Beratung über KfW-Fördermittel an.

Die Mitgliedskommunen können sich beraten lassen hinsichtlich Energiecontrolling, Betriebsoptimierung, wobei die Klimaschutzagentur durch verbessertes Energiemanagement immer noch eine zehnpromtente Einsparung als Erfahrungswert hat. Ziel des kommunalen Energiemanagements ist die nachhaltige Reduzierung von Strom-, Wärme- und Wasserverbräuchen; die Reduzierung von Kosten und CO₂-Emissionen; die Optimierung von Gebäudebetrieb und -nutzung.

Über die Öffentlichkeitsarbeit mit Veranstaltungen und Flyern sowie die Angebote für Schulen und Kitas gibt die website einen guten Überblick – und es hat zumindest den Anschein, als wenn hier konzeptionell vorgegangen wird. (www.klimaschutzagentur.org)

Das sechsköpfige Team (mit immerhin vier Frauen) besteht aus (einschließlich dem Geschäftsführer) drei Dipl.-Ing.'s, zwei „Projektassistentinnen“ und einer Redakteurin für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Selbstverständlich ist dieses ganze Angebot nicht zum Nulltarif zu haben. Für die ersten drei Jahre stellten die Gesellschafter zusammen 189.100 Euro pro Jahr zur Verfügung, wobei der Landkreis Hameln-Pyrmont 75.000, die Stadt Hameln 18.600, die kleineren Städte und Gemeinden zusammen 25.000 und der Förderverein 25.000 zur Verfügung stellten, die E.ON Westfalen Weser AG war mit 25.000 dabei, die Stadtwerke Hameln und Bad Pyrmont mit jeweils 10.000 Euro. Im August 2013 entschieden sich die Gesellschafter diese Grundfinanzierung für die nächsten fünf Jahre, also bis 2018 fortzuschreiben.



Nun kommt die Klimaschutzagentur damit nicht hin; der Geschäftsführer sah bei seinem Vortrag in Celle für den Fortbestand der Arbeit zum gegenwärtigen Qualitätsniveau einen finanziellen Bedarf in Höhe von rund 480.000 Euro. Er ging davon aus, von den Energieversorgern als freiwillige Leistung künftig 50.000 Euro zu bekommen. Insbesondere aber soll das Dienstleistungs-„Geschäft“ ausgebaut werden. Für die Beratung im Rahmen des kommunalen Energiemanagements rechnet er mit jährlichen Einnahmen in Höhe von 184.000 Euro und für das Energiemanagement für Unternehmen mit 60.000 Euro.

Bei der Ausschusssitzung im September wollte die Celler Verwaltungsspitze den Antrag der Fraktion Die Linke/BSG zur Gründung einer Klimaschutzagentur in Celle eigentlich beerdigen. Die Begründung ging so: *„Im Vergleich zu der durch die Fraktion Die Linke/BSG in die Diskussion gebrachte Klimaschutzgesellschaft strebt die Verwaltung eine deutlich schlankere Lösung an. [...] In Abwägung der vorangestellten Gesichtspunkte schlägt die Verwaltung jedoch vor, dem Ansatz der Fraktion Die Linke/BSG nicht zu folgen und auch die Ergebnisse der KGST Prüfung zur Haushaltskonsolidierung zu berücksichtigen.“* Etliche Ausschussmitglieder aber wollten diesem Vorschlag nicht folgen. Gerade auch die Vertreter*innen der konservativen Seite schienen durchaus Gefallen zu finden an den indirekt durch die Klimaschutzagentur Weserbergland generierten Investitionen und der dadurch in Gang gesetzten Wertschöpfung. So regte der Ausschussvorsitzende Heiko Gevers (CDU) gegen die Absicht der Verwaltungsspitze an, noch einen Vortrag aus einer anderen Stadt hören zu wollen. Momentan könne noch keine Entscheidung zum Antrag der Fraktion Die Linke/BSG gefunden werden.

Mit dem Antrag der Bündnisgrünen im Kreistag gewinnt das Thema jetzt noch einmal eine neue Dynamik. Denn selbstverständlich zeigt das Beispiel Weserbergland, dass es sinnvoller ist, die Beratungsarbeit auf die gesamte Region auszudehnen und nicht auf die Stadt zu beschränken. Und es hat sich durchaus auch gezeigt, dass der finanzielle Aufwand selbst in Zeiten der Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Möglichen liegt, wenn man/frau denn den Klimaschutz Ernst nimmt.

Bleibt die Frage, ob eine Klimaschutzagentur tatsächlich ihrem Namen gerecht werden kann? Sicherlich kann bei einem Gesellschafterkreis aus Kommunen und EVUs nicht davon ausgegangen werden, dass Suffizienz (Energieeinsparung) oder eine Lebensstiländerung auf der Agenda steht. Und selbstverständlich ist manches, was heute unter Effizienzgesichtspunkten angepriesen und umgesetzt wird, klimapolitisch fragwürdig. Aber: Gerade bei einer ländlich geprägten Bevölkerung mit verbreitet strukturkonservativen Bewusstseinslagen kann eine Klimaschutzagentur vielleicht Impulse geben, für die es anders keine Akteure gibt. Und selbstverständlich ist es eine deutliche symbolische Aufwertung des Themas nicht in Berlin oder Hannover, sondern vor Ort.

Eine ladungsfähige Adresse bitte

Für Leistungsempfänger*innen nach dem SGB II, dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz werden die Kosten der Unterkunft durch ein vom Landkreis Celle 2008 bei der Firma *Analyse & Konzepte GmbH* in Auftrag gegebenes Wohnungsmarktgutachten fiktiv festgelegt. Seitdem werden Betroffene aufgefordert, die Kosten der Unterkunft durch Umzug etc. zu verändern oder die Betroffenen stehen vor der Situation, den über dem fiktiven Betrag liegenden Mietanteil aus dem Regelsatz zu bestreiten. Der Regelsatz ist jedoch dazu bestimmt, das durch das Grundgesetz gewährleistete Existenzminimum sicherzustellen.

Für diese untaugliche Mietwerterhebung hat der Landkreis Celle seinerzeit etwa 75.000 Euro ausgegeben. Landrat Wiswe kündigte in der Celleschen Zeitung am 29.03.2008 an: „Diese Datenbasis wird ein Wohnungsmarktgutachten sein, das auf den »sozialleistungsrelevanten Wohnungsmarkt« zugeschnitten ist“. Aktuell ist davon auszugehen, dass das Geld für das hoch angepriesene Wohnungsmarktgutachten in den Sand gesetzt wurde.

Unzählige Verfahren, zum Teil bereits seit Jahren, dürften beim zuständigen Sozialgericht anhängig sein, die die Mietwerterhebung des Landkreises Celle zum streitigen Gegenstand haben. In keinem der uns bekannten Verfahren hat der Landkreis dabei Unterlagen vorgelegt, aus denen hervorgeht, wie er zur Beurteilung der Angemessenheitsgrenze der Nettokaltmiete gekommen ist. In seiner Mietwerterhebung 2009 nennt er etwa »kalte Betriebskosten«, die nicht nachvollziehbar und prüfbar sind – dies insbesondere in Bezug auf die Datenerhebung, den Erhebungszeitraum, den Umfang der Datenerhebung etc. und aufgeteilt nach dem jeweiligen Anteil auf den Quadratmeter bezogen in Bezug auf die umlegungsfähigen Nebenkosten, u.a. Grundsteuer, Wasser inkl. Abwasser, Warmwasser, Aufzug, Straßenreinigung, Müllbeseitigung, Gebäudereinigung, Gartenpflege, allgemeiner Strom, Schornsteinreinigung, Versicherung, Hauswart, Antenne/Kabel, sonstiges. Die Verwendung der Mietwerterhebung ist damit rechtlich aus Sicht der Kläger unzulässig, da sie nicht dem Anforderungsprofil an ein schlüssiges Konzept entsprechend des Bundessozialgerichts Urteil vom 22.09.2009 B 4 AS 18/09 R erfüllt. Danach sind folgende Schlüssigkeitsanforderungen zu erfüllen:

Die Datenerhebung darf ausschließlich in dem genau eingegrenzten Gebiet über den gesamten Vergleichszeitraum erfolgen (keine Ghettobildung).

Es bedarf einer nachvollziehbaren Definition des Gegenstandes der Beobachtung, z.B. welche Art von Wohnungen: Differenzierung nach Standard der Wohnungen, Brutto- und Nettomiete (Vergleichbarkeit), Differenzierung nach Wohnungsgröße, Angaben über den

Beobachtungszeitraum, Festlegung der Art und Weise der Datenerhebung (Erkenntnisquellen, z.B. Mietspiegel), Repräsentativität des Umfangs der einbezogenen Daten, Validität der Datenerhebung, Einhaltung anerkannter mathematisch-statistischer Grundsätze der Datenauswertung und Angaben über die gezogenen Schlüsse (z.B. Spannoberwert oder Kappungsgrenze).

Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen hat dies zuletzt in einem Berufungsverfahren (L 7 AS 102/13) genauso gesehen und führte am 27.03.2013 dazu aus, dass Zweifel aufgetreten seien,

„ob die vom Beklagten vorgelegte »Mietwerterhebung 2009« der Firma Analyse und Konzepte den Anforderungen eines schlüssigen Konzeptes im Sinne des § 22 Abs. 1 SGB II entspricht. Der Beklagte erhält in Ausführung der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (Urteil vom 9. Juli 2009 - B 14 AS 33/08 R - und vom 20. August 2009 - B 14 AS 65/08 R -) Gelegenheit, innerhalb von drei Monaten ihr vorgelegtes Konzept zur Feststellung angemessener Unterkunftskosten im Grundsicherungsrecht für die Stadt Celle nachzubessern und konzeptionelle Schwächen zu bereinigen.“

Das Landessozialgericht hat deshalb 25 detaillierte Fragen an den Landkreis Celle gestellt (siehe Kasten auf der nächsten Seite).



Wer kennt des Namen dieses Mannes
und seine ladungsfähige Adresse?

Wer, wie der Landkreis Celle behauptet, ein schlüssiges Konzept zu haben, sollte ja eigentlich sofort in der Lage sein, die Fragen des Landessozialgerichts Niedersachsen zu beantworten. Gesetzlich ist er schließlich auch dazu verpflichtet, die Schlüssigkeit des Konzeptes

25 Fragen, die unbeantwortet blieben

Der Beklagte möchte schildern und belegen, welche Vorgaben er an die Firma Analyse und Konzepte bzgl. der Bestimmung und Auswahl der zu erhebenden und auszuwertenden Daten gemacht hat. Durfte das beauftragte Unternehmen auch rechtliche Anforderungen (z.B. Bestimmung des unteren Wohnungsmarktsegmentes und des einfachen Wohnungsstandards) selbst definieren?

Dem Beklagten wird aufgegeben, die von der Firma Analyse und Konzepte verteilten Fragebögen vorzulegen.

Ist die Feststellung [...], sämtliche Erhebungsdaten würden nach Beendigung der Auswertungen gelöscht, so zu verstehen, dass der Senat keine Möglichkeit hat, einen unabhängigen Gutachter zur Prüfung dieser Erhebungsdaten zu beauftragen?

Der Beklagte möchte schildern, inwiefern Einzelheiten des Wohnungsstandards und der Wohnungsausstattung unabhängig von der unteren und oberen Grenze des Mietzinses Einfluss in ihr Konzept gefunden haben.

Sind Wohnungen mit folgenden Kriterien in die Datensammlung eingegangen: Wohnungen in einfacher Wohnlage; Wohnungen ohne eigenen vorgesehen Raum für eine Küche; Wohnungen ohne Toilette; Wohnungen, die nur ein Bad besitzen, das von anderen mitbenutzt wird; Wohnungen, die nur eine Toilette besitzen, die von anderen mitbenutzt wird [...]?

Gibt es in Celle keine schlechten bzw. guten Wohnlagen oder auf welchen Erkenntnissen basiert die Annahme, dass die Wohnlagen innerhalb der jeweiligen Wohnungsmarkttypen homogen seien und keiner näheren Differenzierung bedürfen (Blatt 5, Ziffer 2.2)?

Was sind "bewohnte Unterkünfte", die bei der Erhebung nicht berücksichtigt wurden?

Nach welchen Kriterien hat der Beklagte Appartements definiert und deswegen nicht berücksichtigt? Gibt es in Celle keine Appartements mit einfacher Ausstattung oder in schlechter Wohnlage?

Die Gründe für den Ausschluss von Wohnungen in einem Gebäude mit maximal fünf Stockwerken und Fahrstuhl sind zu erläutern.

Wie viele Wohnungen, die über einen Raum von mehr als 25 qm verfügen, sind aus der Erhebung ausgeschlossen worden?

Wie hoch ist der Anteil der Wohnungen von Wohnungsbau-gesellschaften, die in der Erhebung berücksichtigt wurden?

Wie hat der Beklagte den Umstand berücksichtigt, dass frei werdende Wohnungen [...] eventuell nur zu einem höheren Mietzins angeboten werden?

Ist bei fast einem Drittel der ausgesonderten Mieten [...] überprüft wurden, ob diese in den letzten vier Jahren deshalb unverändert geblieben sind, weil vor vier Jahren der Mietzins überhöht gewesen aber zwischenzeitlich marktangemessen sein könnte?

Ist bei diesen 31 % der Mieten geprüft worden, ob der Miet-

zins auch bei einem Mieterwechsel unverändert geblieben ist?

Welche Veränderungen würden sich in den Mietwerttabellen ergeben, wenn der Beklagte die Firma Analyse und Konzepte angewiesen hätte, auch die ausgeschlossenen 31 % der in den letzten vier Jahren unveränderten Mieten einzubeziehen?

Warum hat der Beklagte bei einer homogenen Wohnungs-marktstruktur innerhalb der jeweiligen Kategorien eine Extremwertkappung [...] veranlasst? [...]

Auf welche Weise sind Wohnungen mit durchschnittlichem Standard, jedoch in einer benachteiligten Lage (z.B. an einer viel befahrenen Hauptstraße oder an Bahngleisen) berücksichtigt worden?

Aus welchen Gründen ist für die Ermittlung der Mietobergrenze ein Median zugrunde gelegt worden? Warum sind andere Bewertungskriterien bzw. wissenschaftlich anerkannte Maßstäbe nicht herangezogen worden?

Der Zusammenhang zwischen der Verwendung des Medians als Mietpreisobergrenze und dem 20-%igen Anteil der Haushalte, die KdU-Leistungen beziehen (Blatt 12), ist näher zu erläutern. [...]

Wenn in Celle die Ausweisung von Wohnlagen bei der Bestimmung von angemessenen Unterkunftskosten nicht erforderlich ist, weil diese innerhalb der einzelnen Wohnungsmarkttypen wenig ausdifferenziert sind, ist die befürwortete Anlehnung für die Ermittlung der Mietobergrenze an die Techniken des Mietspiegels in Hamburg und vor allem in Berlin methodisch-wissenschaftlich valide?

Dem Beklagten wird aufgegeben, die Daten und die Berechnungsmethoden für die durchschnittlichen Betriebskosten näher zu erläutern [...].

Dem Beklagten wird aufgegeben, die Zahl der Leistungsbezieher im Landkreis Celle mit einem Sechspersonenhaushalt anzugeben, die im Streitzeitraum entweder nur abgesenkte Kosten für Unterkunft und Heizung oder eine Absenkungsaufforderung erhalten haben.

Die für den Streitzeitraum für die Stadt Celle I Landkreis Celle gemäß § 53 SGB II gefertigten Statistiken über die Unterkunftskosten sind vorzulegen.

Der Beklagte möchte zur Aktualität der im Jahre 2008 erhobenen Daten [...] Stellung nehmen, nach der nunmehr auch in kleineren Städten und im Umland seit 2010 der Mietanstieg bei Neuwohnungen rund viermal, bei Neuvermietungen älterer Wohnungen dreimal so hoch ausgefallen ist, wie der jährliche Durchschnittswert des vorangegangenen Jahrzehntes.

Der Beklagte möchte vorsorglich den Namen und die ladungsfähige Anschrift seines Kreisdirektors mitteilen, falls zur mündlichen Verhandlung das persönliche Erscheinen des Behördenleiters angeordnet werden soll.

nachzuweisen und die zur Prüfung erforderlichen Datenmaterialien vorzulegen.

Doch die Antworten gibt es nicht: Der Landkreis entzieht sich immer wieder der Beantwortung der Fragen, indem er nach jahrelanger Verfahrensdauer, im vorliegenden Fall ist das Verfahren seit 2010 anhängig, ein Anerkenntnis ausspricht und sich verpflichtet, die tatsächlichen Kosten der Unterkunft in vollem Umfang rückwirkend zu gewähren und dies auch über seine eigenen, in der Mieterwerterhebung fiktiv festgelegten Beträge. Sowohl rechtsstaatlich als auch im Interesse Betroffener kann es nicht mehr hingenommen werden, dass der Landkreis Celle diese höchstbedenkliche Praxis dauerhaft weiterführt. Die politische Kontrolle versagt an dieser Stelle wohl vollkommen. Die Verantwortlichkeit für das unschlüssige Konzept liegt in vollem Umfang beim Landrat. Er ist dazu verpflichtet, den Sozialleistungsempfänger*innen die ihnen entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen zustehenden Leistungen für die Kosten der Unterkunft gewährt werden. Die praktizierten prozessualen Taschenspielertricks sind eines demokratischen Verhaltens nicht würdig.

Auf Seite 12 der Mieterwerterhebung wird eindeutig ausgeführt, dass bei den Betriebskosten lediglich monatliche Vorauszahlungen berücksichtigt wurden und nicht die tatsächlich zu zahlenden Beträge. Es wird in keiner Weise ausgeführt, und dazu ist der Landkreis laut BSG-Urteil verpflichtet, welche umlegungsfähigen Kosten laut Betriebskostenverordnung berücksichtigt wurden. Dies ist ein gravierender und unheilbarer Fehler in Bezug auf die Anforderung eines schlüssigen Konzeptes.

Dies wird auf Seite 13 auch nochmals in der Statistik dokumentiert, wobei es sich laut Angabe des Landkreises lediglich um eine Erhebung von 2008 handelt und keine aktuelle. Er nennt es „Quelle: Mieterwerterhebung Landkreis Celle 2008“. Unter Berücksichtigung der einzelnen Steigerungen der kalten Betriebskosten ergibt sich eine Unschlüssigkeit dahingehend, dass angeblich die kalten Betriebskosten in den einzelnen Wohnungsmarkttypen unterschiedlich sein sollen. Dies ist letztendlich nicht nachvollziehbar. (siehe: <http://www.landkreis-celle.de/fileadmin/import/sozialamt/pdf/Endbericht-Mieterwerterhebung-Landkreis-Celle-2009.pdf>)

Desweiteren dürfte auch anzunehmen sein, dass – wenn man die Betriebskosten betrachtet – eine lineare Steigerung sich in Bezug auf die Anzahl der Personen ergeben dürfte und die Steigerung in Bezug auf die einzelnen Wohnungsmarkttypen identisch sein müsste.

Besonders fällt diese Unschlüssigkeit bei konkreterer Betrachtung des Wohnungsmarkttyps 3 auf. Darin ergeben sich z.B. kalte Betriebskosten in Bezug auf 5 Personen mit 0,93 €/m², wobei sich laut fiktiver Berechnung des Landkreises eine Steigerung in Bezug auf 4 Personen um 20 Cent ergibt und dann wieder in Bezug auf 3 Personen eine Reduzierung um 8 Cent und in Bezug auf 2 Personen wird dann eine abenteuerliche Zahl ermittelt, die sich in Bezug auf 3 Personen um 14 Cent

erhöht und in Bezug auf 4 Personen lediglich um 6 Cent. Ähnliche Unstimmigkeiten ergeben sich auch in Bezug auf die anderen Wohnungsmarkttypen.

Diese Unsinnigkeit der Datenerhebung wird auch in einem Verfahren beim Sozialgericht Lüneburg S 22 SO 5/12 vom Landkreis Celle am 18.12.2012 dokumentiert. Dort wurden Datentabellenblätter vorgelegt, nach denen sich innerhalb der Mieterwerterhebung für einen 4-Personenhaushalt völlig unterschiedliche monatlich kalte Betriebskosten ergeben sollen in Höhe von

lfd. Nr. 61 kalte Betriebskosten	30,00 €
lfd. Nr. 88 kalte Betriebskosten	44,00 €
lfd. Nr. 125 kalte Betriebskosten	50,00 €
lfd. Nr. 166 kalte Betriebskosten	40,00 €
lfd. Nr. 174 kalte Betriebskosten	30,00 €

Bei diesen Daten ist offensichtlich, dass sie schon vom gesunden Menschenverstand her als falsch und unrealistisch zu bewerten sind.

So wird es wohl kaum sein können, dass anhand der vom Landkreis verwendeten Daten sich kalte Betriebskosten für die umlegungsfähigen Nebenkosten (u.a. Grundsteuer, Wasser, Abwasser, Warmwasser, Aufzug, Straßenreinigung, Müllbeseitigung, Gebäudereinigung, Gartenpflege, allgemeiner Strom, Schornsteinreinigung, Versicherung, Hauswart, Antenne/Kabel, sonstiges) für einen 4-Personenhaushalt in der Größenordnung von 30,00 €, 40,00 €, 50,00 € etc. ergeben. Bei einem 4-Personenhaushalt fällt solch ein Betrag mit Sicherheit schon alleine für Wasser und Abwasser an.

So lange der Landkreis die Fragen des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen nicht beantwortet und Unterlagen dazu vorlegt, kann er nicht für sich in Anspruch nehmen, die abstrakte Angemessenheitsgrenze der Kosten der Unterkunft/Betriebskosten sachgerecht zu bestimmen. Die Folge ist, dass so lange kein schlüssiges Konzept vorliegt, die Werte in § 12 Wohngeldgesetz zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages in Höhe von mindestens 10 % als angemessene Kosten der Unterkunft zu gewähren sind und nicht mehr weiterhin nach Gutsherrenart den Sozialleistungsempfänger*innen irgendwelche fiktiven, nicht prüfbare Leistungen für die Kosten der Unterkunft gewährt werden.

All denjenigen Leistungsempfänger*innen, die von dieser skandalösen Verfahrensweise seit Jahren malträtiert werden, nämlich von ihrem soziokulturellen Existenzminimum Zuzahlungen zu der Miete leisten oder genötigt werden, einen Umzug durchzuführen, ist dringend anzuraten, per Rechtsmittel Widerspruch, Klage und/oder Überprüfungsantrag ihre Ansprüche für die Vergangenheit und die Zukunft zu sichern.

Auf politischer Ebene wäre der Landkreis zu verpflichten, umgehend die Anwendung der Mieterwerterhebung zu beenden und Leistungen für die Kosten der Unterkunft nach § 12 Wohngeldgesetz zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages von mindestens 10 % zu gewähren.



Durch in fünf Minuten

Vor ausverkauftem Haus verkündete der Puppenspieler Michael Hatzius in der CD-Kaserne Bedenkenswertes zur Ostumgehung: „Ich war in Celle, da ist man doch in fünf Minuten durch.“ (16.11.2013)

Aufenthaltsverbote rechtswidrig

Nach einem dreimonatigen Eilklageverfahren gegen ein Aufenthaltsverbot rund um die Schlachtfabrik im niedersächsischen Wietze (Landkreis Celle) wurde den fünf Umwelt- und Tierbefreiungsaktivist_innen Recht gegeben. Das Verwaltungsgericht Lüneburg erklärte das Vorgehen der Gemeinde Wietze und der Polizei Celle für rechtswidrig.

Wenige Tage vor der Großdemonstration "Wir haben Agrarindustrie satt", während der am 31. August die Rothkötter-Schlachtfabrik im niedersächsischen Wietze (Landkreis Celle) mit Menschenketten eingekreist wurde, wurden die halbjährigen Aufenthaltsverbote erteilt. Zudem wurde ihnen ausdrücklich untersagt, an der Großdemonstration teilzunehmen.

Das nun aufgehobene Aufenthaltsverbot hat es in sich: Bereits am 3. Juni saßen Vertreter_innen der Gemeinde Wietze, des Landkreises Celle, der Polizeiinspektion Celle und der Firma Celler Land Frischgeflügel zusammen, um unter anderem darüber zu sprechen, wie diejenigen von der Demonstration ausgeschlossen werden können, die sie als "die Extremisten unter den Aktivisten" sehen (siehe Vermerk der Gemeinde Wietze vom 3.6.2013 und Vermerk des LK Celle vom 5.6.2013). Unverhohlen wurde sogleich die PI Celle damit beauftragt, Gefahrenprog-

nosen zu erstellen, die für ein Aufenthaltsverbot reichen würden.

Das Verwaltungsgericht Lüneburg (Aktenzeichen: 6 B 40/13) erklärte das Aufenthaltsverbot nun für sowohl formell als auch "materiell" (inhaltlich) rechtswidrig. Formell rechtswidrig, weil es vermeintlich um die Verhinderung von Straftaten ging, und somit die Polizei zuständig gewesen wäre. Materiell rechtswidrig zum einen, weil in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aus Artikel 8 GG nur auf Grundlage des Versammlungsgesetzes und nicht, wie hier, auf Grundlage des Polizeigesetzes eingegriffen werden darf, und zum anderen, weil das Verbot - selbst, wenn es an sich rechtmäßig gewesen wäre - viel zu lange gegolten hätte.

Pressemitteilung vom 25.11.2013; <http://antiindustryfarm.blogspot.de/>

Bleibt unsererseits nachzutragen: Es ist schon bemerkenswert, wie sich hier Gemeinde, Landkreis und Polizei ohne jeden Skrupel in den Dienst eines Schlachthof-Industriellen stellen und dabei Grundrechte zur Nebensache werden.

Noch bemerkenswerter ist, dass der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wietze im Dezember beschlossen hat, gegen den Gerichtsbeschluss Beschwerde einzulegen.

Arbeitgeber Mende

Celler Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende wurde im Dezember als Nachfolger des niedersächsischen Innenministers Boris Pastorius ins Präsidium des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen (KAV) gewählt. Der Zweck des KAV ist – so auf der Website zu lesen: „Der KAV ist Tarifvertragspartei, schließt also auf Landesebene für seine ordentlichen Mitglieder Tarifverträge ab. Er berät seine Mitglieder darüber hinaus beim Abschluss örtlicher Tarifverträge (z.B. Sanierungstarifverträge), soweit dabei von entsprechenden Öffnungsklauseln Gebrauch gemacht wird.“ – Da stellt sich jetzt die Frage, ob der DGB in Celle es sich dieses Jahr leisten will, mit Mende den »Vertreter« eines Arbeitgeberverbandes auf der Maikundgebung reden zu lassen? (CK, 22.12.2013)

B7 statt B6

Die Niedersächsische Landesregierung hat Bürgermeister*innen und

Landrät*innen ab 1. Januar 2014 mit einem "warmen Regen" bedacht. Die Hauptverwaltungsbeamten*innen sind um eine Besoldungsgruppe höher eingestuft worden. Damit soll, so die Landesregierung, „der größeren politischen Verantwortung innerhalb der Kommunalverwaltung Rechnung getragen [werden], die aus der Direktwahl resultiert.“ Darüber hinaus wird die Höhe der Besoldung für sämtliche Hauptverwaltungsbeamten*innen unabhängig vom Dienstalter bemessen. Der Einkommenszuwachs liegt durchschnittlich zwischen rund 387 Euro und 482 Euro monatlich. Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende ist so von B6 auf B7 hochgestuft, die 1. Stadträtin Dr. Susanne Schmitt von B4 auf B5, Stadtrat Stefan Kassel von B3 auf B4 - und der neue Stadtbaurat darf sich dann auf B4 statt auf B3 freuen. - Die Stadt Celle kostet dieses Geschenk der Landesregierung rund 20.000 Euro im Jahr.

Freiherr von Fritsch

Die »Generaloberst-von-Fritsch-Kaserne« im bayerischen Pfullendorf ist im Dezember 2013 umbenannt worden. Der Gemeinderat und die Bundeswehr entschieden sich für die Umbenennung, der neue Name: »Staufer-Kaserne«. Seit langem ist bekannt, dass Fritsch bis 1938 nicht nur Oberbefehlshaber von Hitlers Wehrmacht war, sondern darüber hinaus ein Antidemokrat und Antisemit. Einen vernünftigen Grund gab es nicht dafür, dass der Stadtrat in Celle Anfang 2011 darauf verzichtet hat, die Fritschstraße in Scheuen umzubenennen. Im Zuge der Überprüfung NS-belasteter Straßennamen stand der Generaloberst Werner von Fritsch, nach dem in den 1960er Jahren nicht nur die Bundeswehr Kaserne, sondern auch die Straße benannt worden war, eigentlich oben auf der Liste. Vielleicht sollte sich die Stadt jetzt mal ein Beispiel an den Bayern nehmen, bevor die neue Landesfeuerwehrschule auf dem ehemaligen Kasernengelände den Betrieb aufnimmt. Es muss ja wirklich nicht sein, dass eine »Fritschstraße« dann zur Adresse einer überregionalen Einrichtung wird. Einen Alternativvorschlag hätten wir anzubieten: Wie wäre es mit einer »Erich Löwenstein Straße«? Löwenstein emigrierte im Nationalsozialismus, seine in Celle erworbene Leidenschaft für die Freiwillige Feuerwehr nahm er mit nach Argentinien.

Otte wieder verteidigungspolitischer Sprecher

Der Rüstungslobbyist und CDU-Bundestagsabgeordnete Henning Otte hat es nicht auf einen Staatssekretärsposten im Kriegsministerium geschafft; da muss er wohl bis zum nächsten Skandal warten. Aber er ist wieder »verteidigungspolitischer Sprecher« der CDU-Bundestagsfraktion. Als solcher freute er sich u.a. darüber, dass im Koalitionsvertrag festgehalten sei: *„Die Bundeswehr wird weiterhin mit Gelöbnissen und andere Veranstaltungen im öffentlichen Raum präsent sein. Das Auftreten der Jugendoffiziere an Schulen und Universitäten bleibt für die Koalition selbstverständlich.“* Und selbstverständlich findet er es richtig gut, dass die neue Bundesregierung Killer-Drohnen beschaffen will.

Geothermie-Projekt

Im Januar erwarb die Deutsche Geothermische Immobilien PI GmbH (DGI PI GmbH) Immobilien in Rotenburg (Wümme) und in Celle. Insgesamt soll es sich um 76 Gebäude mit 382 Wohneinheiten und einer Nettowohnfläche von rund 26.000 m² handeln. Im Rahmen der Modernisierungsmaßnahme sollen bis zum Ende des Jahres 2015 durch den Ausbau der Dachgeschosse weitere 127 Wohneinheiten mit ca. 4.600 m² an zusätzlicher Wohnfläche entstehen.

Nach dem Abschluss der Baumaßnahmen will die DGI die Heizung- und Warmwasserversorgung von etwa 1.250 Bewohnern ausschließlich auf Basis oberflächennaher Geothermie bewerkstelligen. Dazu sollen ca. 30 km an Sonden im Erdreich verbaut werden. *„Damit ist diese Baumaßnahme das größte uns bekannte oberflächennahe Geothermie-Projekt in Deutschland“*, so Gregor Dilger, Pressesprecher des GtV-Bundesverband Geothermie e.V..

In der Pressemitteilung vom 16.01. ist weiter zu lesen: *„Die lokalen Behörden, namentlich Bürgermeister Detlef Eichinger (Rotenburg; parteilos) und Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende (Celle; SPD) unterstützen das Großprojekt mit viel Engagement. In Celle wird Ende Februar Anfang März eine Pressekonferenz mit dem Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende stattfinden.“* Sollte dies so stimmen, wirft es ein merkwürdiges Licht auf die Kommunikation in Celles Verwaltungsvorstand. Denn Dr. Susanne Schmitt, 1. Stadträtin und

zugleich Vorsitzende des Erdwärme-Kompetenz-Netzwerks GeoEnergy, gab sich am 20. Januar laut CZ überrascht: *„Ich kenne das Projekt bis jetzt nicht und weiß nicht genau, was geplant ist und wo die Immobilien in Celle gelegen sind.“* Sie wolle sich unverzüglich mit dem Unternehmen in Verbindung setzen. Hoffentlich hat sie sich vorher noch im OB-Büro gemeldet – sonst hatte die DGI PI GmbH gleich mal ein schönes Beispiel für die kommunikative Kompetenz im Rathaus, was ja auch hilfreich sein kann.

Die Geschäftsidee funktioniert im übrigen wohl so: *„Durch geförderte Bankdarlehen und garantierte Wohnungsenergiekosten wird dabei die Energieversorgung von Mehrfamilien- und großen Mietshäusern auf Erdwärme umgestellt. Zudem werden die Energiekosten für Warmwasser und Heizung auf einem bestimmten Niveau festgeschrieben und dem Mieter durch die Vereinbarung einer Pauschale in dieser Höhe garantiert.“* Damit bewirke man die Entkopplung von der Gas- und Ölpreisentwicklung.



CeBus – schlechter Witz

Das Celler Busunternehmen Cebus hat im Januar mitgeteilt, dass es einen Antrag auf eigenwirtschaftlichen Betrieb des Liniensbündels »Bus Celle Stadt/Regio« gestellt hat. Eine Entscheidung der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG) als Genehmigungsbehörde gibt es bislang nicht.

Nachdem CeBus es in den vergangenen Jahren gerade nicht geschafft hat, den eigenwirtschaftlichen Verkehr aufrecht zu erhalten, sondern zum Erhalt einiger Linien finanziell vom Landkreis Celle gefördert werden musste, ist dieser Antrag selbstverständlich ein (schlechter) Witz. Augenscheinlich lässt sich das Angebot nur als sogenannter »gemeinwirtschaftlicher Verkehr« betreiben. Dies ist auch die klar geäußerte Auffassung des Kreistags; so sollen sich u.a. auch die Sozialstandards der Beschäftig-

ten verbessern. CeBus versucht jetzt, diese Absicht mit seinem eigenwirtschaftlichen Antrag zu torpedieren.

So kritisiert CeBus-Geschäftsführer Koschick: Obwohl das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei, habe der Landkreis Celle am 17. Dezember 2013 mit einer Bekanntmachung im EU-Amtsblatt das Ausschreibungsverfahren begonnen. Cebus hält das für unzulässig: Ein eigenwirtschaftlicher Antrag habe gesetzlichen Vorrang und müsse zunächst entschieden werden. Ein Parallelverfahren sei *„überhaupt nicht zulässig“*. Cebus hat darum die Vergabekammer in Lüneburg eingeschaltet und diese *„gebeten, zu prüfen, ob diese Rechtsauffassung trägt“*.

Der Landkreis erklärte zur Begründung der Einleitung des gemeinwirtschaftlichen Ausschreibungsverfahrens, dass aus seiner Sicht keine »genehmigungsfähigen eigenwirtschaftlichen Anträge« gestellt worden seien. Verdi hatte kritisiert, dass der eigenwirtschaftlicher Antrag von CeBus aufgrund der vorgegebenen Strukturen *„unseriös“* sei.

Endlich Sommer?

Zur Landratswahl am 25. Mai schicken SPD und Bündnis '90/Die Grünen den Kreistagsabgeordneten Gerald Sommer gegen den Amtsinhaber Klaus Wiswe (CDU) ins Rennen. Das eigentlich Überraschende: Sommer hat kein Parteibuch der SPD, sondern eins der Bündnisgrünen. Der 1960 geborene Diplom-Berufspädagoge hat gegen Wiswe so gut wie keine Chance, aber das sähe auch für einen Sozialdemokraten nicht anders aus. Selbstverständlich will Sommer den Landkreis *„sozialer und nachhaltiger“* machen usw.usf. Immerhin ist er vom lokalen bündnisgrünen Personal einer der besseren – jedenfalls soweit es um Umwelt- und Naturschutzbelange geht. Trotzdem: Wiswe muss weg, aber so wird's nicht klappen.



Wölfe in der Stadt



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühen Morgen des 16. Januar um 4:53 Uhr. Es ist Vollmond. Ein leichter Südostwind der Stärke 2 bft trägt seit einigen Stunden immer mal wieder Wolfsgeheul an die Ecke Poststraße/Runde Straße. Die fünf Vertretungslaternen der Leiharbeitsfirma „Light for Rent“- die Stammebelegschaft ist im Winterurlaub auf den Azoren - frösteln vor sich hin und beginnen ein Gespräch:

Nr. 1: Dass wir gerade heute, in der Vollmondnacht, unseren Dienst antreten müssen, finde ich echt gruselig.

Nr. 2: Warum das denn? Wegen des bisschen Wolfsgeheuls aus dem Französischen Garten? Die tun doch niemandem was zuleide.

Nr. 3: Das sagst du so einfach, Nr. 2. Ich war als Bühnenbeleuchtung bei der Podiumsdiskussion der CZ, zusammen mit der Kollegin Nr. 4, zum Thema »Wölfe in der Region – Fluch oder Segen« o.s.ä., da ging's hoch her, sag ich dir! Proppevoll das Stadthaus Bergen, aufgebrachte Schafhalter, verängstigte Reiterhofbesitzerinnen, ein abgeklärter Kreisjägermeister, schweigsame Jagdpächter, ein eingeschüchterter Sekretär ausm Umweltministerium und, gottseidank, eine Wolfsberaterin mit Durchblick, Humor und sehr viel Sachverstand. Und dann natürlich die Redakteure von der CZ: Meine Güte, die versuchten die ganze Zeit, mit irgendwelchen Sensationsmeldungen die Stimmung im Saal aufzuheizen (J. Gries: *„Ich bekomme gerade die Meldung herein, in der Nähe von Belsen wurde gerade ein Spanischer Wolf totgefahren! Vielleicht kann die Wolfsberaterin Habbe mal was dazu sagen.“* Die wusste garnicht, wie ihr geschah.) Dann wurde von einer älteren Dame berichtet, die auf einem Spaziergang von 7 (!) Wölfen angegriffen wurde, es aber überlebte, weil sie mit ihrem Regenschirm das Rudel abwehren konnte.

Nr. 2: Das waren bestimmt die Sieben Geißlein, die vor dem Wolf weggelaufen sind!

Nr. 4: Mach' du nur Witze, Nr. 2! Ich hab's ja auch gehört, wie Reithofbesitzerinnen und der Seniorchef vom Hotel »Celler Tor« von einem dramatischen Einbruch bei Ferienbuchungen und Hotelübernachtungen redeten, und erst auf Nachfrage, wie viele Leute denn wegblieben, einräumten, also bislang noch keine. Aber sie wüssten genau, die Touristen hätten Angst davor, fielen sie vom Pferd und verletzten sich, sie leichte Beute für die Wölfe wären.

Nr. 5: Dabei wissen wir doch alle, spätestens seit dem Film von Curt Siodmak »The Wolf Man«, dass allenfalls nur die Menschen, die von einem Wolf gebissen werden, bei Vollmond zu einem »Werwolf« mutieren und in der Gestalt dann allerdings kleine Kinder aus Häusern holen und fressen.

Nr. 1: Also sind es Werwölfe, die heut' nacht durch die Stadt streunen und nach Kindern suchen?

Nr. 2: Nun kommt mal alle runter von euren Horrorgeschichten! Das entbehrt doch jeder Grundlage. Soweit ich die Berichterstattung in der CZ verfolgen konnte und verstanden habe – und ich beleuchte oft den Eingangsbereich des CZ-Gebäudes in der Bahnhofstraße – geht es vor allem den Schafhaltern darum, noch mehr und schneller finanziellen Ausgleich vom Land zu bekommen, z.B. für höhere Schutzzäune,

Schadensersatz für von Wölfen gerissene Schafe usw. Und die Reiterinnen, Gastwirte und Hundehalterinnen wollen die Wölfe am liebsten ganz weghaben. Feuer frei auf Wölfe! Dazu passt auch die Forderung des CZ-Redakteurs Harmening: „*Wolf nicht vor den Menschen stellen.*“

Nr. 1: Hätte da ne Zwischenbemerkung: Da ich ja eher ängstlich bin, werd ich oft in Hühnerställen als Wärmelampe für die Küken eingesetzt. Noch nie hab ich davon gehört, dass, wenn der Fuchs sich ein paar Hühner holt, der Hühnerhalter Anspruch auf eine Entschädigung hätte.

Nr. 4: Moment, Moment, ich hab vor allem den Eindruck, dass die meisten der Anwesenden im Saal überhaupt keine Ahnung hatten, was so ein Wolf eigentlich frisst. So erklärte die Wolfsberaterin Habbe noch einmal lang und breit, welche Tiere ins Beuteschema passen, nämlich zu 96 % Rehe und Hirsche. Der Mensch jedenfalls nicht. Und auch nicht die Dame, die vom Pferd gefallen und verletzt im Wald liegt. Die fragte sie rhetorisch: „*Oder sehen Sie etwa wie ein Stück Schalenwild aus? Doch wohl eher nicht.*“

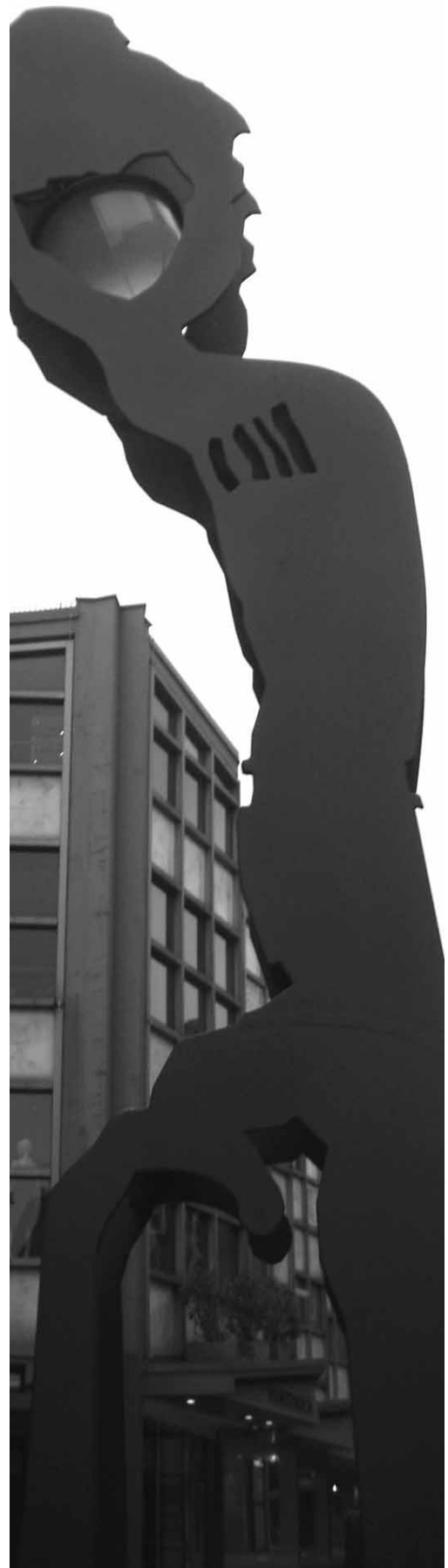
Nr. 3: Neu für mich war die Stückzahl der Tiere, die so ein Wolfsrudel in seinem Revier von 20-30 Tsd. Hektar im Jahr so erlegt, nämlich 400-600 Stück. Respekt! Das begrenzt dann auch die immensen Schäden, die die Rehe bei einer hohen Populationsdichte üblicherweise anrichten.

Nr. 5: Mal zurück zum Werwolf von Siodmak. Ich war vor nicht allzu langer Zeit bei einem Studierenden der Literaturwissenschaften als Leselampe tätig, der sich in einer Semesterarbeit mit dem Roman von Hermann Löns »Der Wehrwolf« (mit h) befasste, der nämlich mit dem »Werwolf« nichts zu tun hat. »Werwolf« bedeutet »Mannwolf«, ein mythisches Wesen, der »Wehrwolf« hingegen ist der Protagonist im gleichnamigen Roman, der sich wehrende Harm Wulf, der sich im Dreißigjährigen Krieg in und um Celle mit seinen Leuten gegen Marodeure, Landstreicher, Kriegsvolk wehrt, sie reihenweise tötet. Löns meinte dazu: „*Dann schreibt sich einer Schwielen in seine Kritikerseele, um rauszukriegen, was der Name »Wehrwolf« bedeutet. Dass es weiter nichts bedeutet, als dass Harm Wulf sich wehrt; da kommt kein Mensch drauf. Faseln sie da alles mögliche zusammen.*“ Schon gut, Ende des Schlaugeredes.

Nr. 2: Noch nicht ganz. Ich wollte noch was zu den diffusen Ängsten sagen, die Nr.1 am Anfang unseres Gesprächs geäußert hat. Geht natürlich nicht, die mit einem flotten Spruch so einfach wegzuwischen. Seit dem Mittelalter wird die Beziehung Wolf-Mensch einseitig von Angst und Dämonisierung geprägt, und diese sitzt tief in uns. So hat der Wolf auch Eingang in die Psychoanalyse gefunden. Sigmund Freud interpretiert bzw. deutet z.B. die Rolle des Wolfes im Märchen »Der Wolf und die sieben Geißlein« und berichtet von der Angst eines Knaben, wie eines der Sieben Geißlein vom Wolf gefressen zu werden, der den Vater repräsentiere (Ödipuskomplex). Mein Vorschlag: Mal alle Schafzüchter, Jäger, Reithofbesitzerinnen und Senior-Hotelchefs ab auf die Couch!

Nr. 1: Oh, das ist ja alles ganz toll und beruhigt mich ungemein! Ich bin dafür, wir hören jetzt mal auf und reden bei Tageslicht weiter. Was bin ich erst froh, wenn die Stammebelegschaft hier wieder leuchtet. Also, Licht aus!

Nr. 5: Und dann kann die NSA ja wieder mitschneiden, wenn der Beschwörer seine Kritik an Hobbes auf »Homo homini lupus« gegründeten Staatstheorie loslässt.



Abzocke von Flüchtlingen?

Weltweit fliehen über 45 Millionen Menschen vor Krieg, Verfolgung und Armut. Viele von ihnen machen sich mit großen Hoffnungen auch auf den Weg nach Europa. Hier anzukommen heißt aber nicht, in Sicherheit oder Willkommen zu sein.

Von einer Willkommenskultur, wie vom Niedersächsischen Innenminister Pistorius gefordert, ist der Landkreis Celle weit entfernt. Die Lebensbedingungen von Flüchtlingen können als katastrophal bezeichnet werden. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ so steht es im Grundgesetz - dies scheint jedoch im Landkreis Celle für Flüchtlinge nicht zu gelten. Die Devise lautet wohl eher: Machen wir es denen doch so unbequem und ungemütlich wie möglich.

Im Landkreis Celle leben Afrikaner, die aus Bürgerkriegsländern fliehen und hier friedlich leben wollen, Syrer, die dem Krieg im eigenen Land entkommen sind, Afghanen, Russen, Iraker, Iraner usw., die Asyl suchen. Zum Jahresende mahnt Bundespräsident Joachim Gauck mehr Engagement für Flüchtlinge an: „*Tun wir wirklich schon alles, was wir tun könnten?*“ Er ruft in seiner Weihnachtsansprache zu mehr Mitgefühl, Hilfe und Großzügigkeit für Menschen in Not auf.

Wie sieht das im Landkreis Celle aus? Ein Beispiel:

In Eschede leben 18 Menschen zusammengepfercht auf 150 m² in drei Wohnungen à ca. 50 m². Dies lässt sich die Samtgemeinde Eschede mit rund 1.500 € Miete zuzüglich Nebenkosten und Heizkosten bezahlen. Also ein Mietpreis pro m² in Höhe von rund 10 €, wobei an dieser Stelle anzumerken ist, dass es sich dabei um keinerlei Luxuswohnung handelt, sondern um eine desolate Unterbringung, die der Würde des Menschen wohl kaum entsprechen kann. Werden in Eschede Geschäfte mit der Not der Menschen gemacht?

Auch ein Blick auf die Stromkosten, die von den Bewohnern geltend gemacht werden, und von den Leistungen des soziokulturellen Existenzminimums (Le-

bensunterhalt) einbehalten werden, offenbart eine besondere Skrupellosigkeit. Sie betragen pro Person monatlich 22 € für das Objekt, das kaum mit stromnutzenden Geräten ausgestattet ist. Monatlich ergibt sich so der stolze Betrag in Höhe von 396 €. Als wäre das nicht schon genug, erhielten die Bewohner mit Schreiben vom 06.03.2013 von der Samtgemeinde Eschede die Mitteilung „*Der monatliche Stromabschlag wird ab dem 01.04.2013 auf 50,00 € festgesetzt und ist von Ihnen an die Samtgemeinde Eschede zu zahlen.*“ Bei 18 Bewohnern ergibt sich daraus eine monatliche lukrative Einnahme in Höhe von 900 €. Bei einem damaligen Leistungsanspruch von 354 € für den Lebensunterhalt wurden von der Samtgemeinde Eschede 50 €, also 14 %, abgezockt.

Erst durch rechtsanwaltliche Intervention ließ die Samtgemeinde Eschede im April 2013 von dieser rechtswidrigen Praxis ab und begnügte sich dann weiterhin mit dem noch immer lukrativen Betrag in Höhe von 396 € bei 18 Bewohnern.

Aber nicht dass man denkt, dass die Samtgemeinde Eschede diese Praxis gegenüber allen Bewohnern aufgegeben hat, nein, bei denen, die keine rechtsanwaltliche Unterstützung in Anspruch genommen haben, wurde diese Praxis einfach weiter betrieben und Monat für Monat 50,00 € abgezockt. Im November 2013 bestätigte die Samtgemeinde Eschede in einem weiteren Fall nochmals, dass sie auf Grund fehlender Rechtsgrundlage die zusätzlich einbehaltenen Stromkosten in Höhe von monatlich 28 € für die Monate April bis November 2013 im Dezember erstattet, aber weiterhin für die Stromkosten einen Betrag in Höhe von monatlich 22 € einbehält. Zu befürchten ist, dass auch heute noch bei einzelnen Bewohnern diese rechtswidrige Praxis aufrecht erhalten wird und monatlich 50 € einbehalten werden.

„*Tun wir wirklich schon alles, was wir tun könnten?*“ mahnt Joachim Gauck. Wir danken der Samtgemeinde Eschede für das große Mitgefühl, die Hilfe und Großzügigkeit für Menschen in Not.

Der Landkreis Celle ist gefordert, dass in den Kommunen Unterbringungskonzepte und Willkommenskonzepte entwickelt werden, die eine Einbeziehung und Teilhabe der Flüchtlinge zum Ziel hat, statt die Betroffenen zu isolieren und menschenunwürdig unterzubringen. Jeder Flüchtling will irgendwo ankommen und ein neues Leben beginnen, d.h. auch eine eigene Wohnung beziehen, arbeiten und Nachbarschaften pflegen. Ziel jedes Konzeptes für Flüchtlinge muss daher sein, dieses Ankommen perspektivisch zu ermöglichen und Alltäglichkeit zu stiften. Es wird Zeit, dass sich der Landrat seiner Verantwortung stellt und nachhaltige Konzepte entwickelt.



Schöner Wohnen

18 Flüchtlinge leben in Eschede in 3 Wohnungen, jeweils 6 Menschen in einer Wohnung, 2 bis 4 Menschen in einem Zimmer. Dazu pro Wohnung eine Küche und ein Bad. Okay, es gibt warmes Wasser (auch wenn der Boiler unten tropft) und es wurde die Elektronachspeicherheizung aktuell durch eine Zentralheizung ersetzt. Wobei „zentral“ wörtlich zu nehmen ist: die Wärme wird zentral gesteuert (von wem eigentlich?), die Dinger an den Heizkörpern, die aussehen wie Thermostatventile, sind ein Fake. Wenn es zu warm wird, muss halt das Fenster geöffnet werden, nicht nur ökologisch und ökonomisch ein Unding. Dafür kommt oben nicht mehr genug Wärme an, so dass die 4 Männer in der oberen Wohnung frieren. Naja, wir haben ja einen milden Winter.

Sechs Männer in zwei Zimmern, z.T. in Stockbetten: Privatsphäre, Ruhe, Rückzugsmöglichkeiten gleich null. Und das nicht vorübergehend, wie uns »Deutschländern« das vielleicht aus Skiurlaube oder von Klassenfahrten bekannt ist, nein, manche Flüchtlinge leben dort bereits über zwei Jahre. Die Zimmer sind nicht nur Schlafzimmer, was schon für die meisten von uns unvorstellbar wäre, sondern auch gleichzeitig Aufenthaltsräume. Das heißt dort wird geschlafen, gelesen, ferngesehen, geredet, gegessen, gelernt, eben einfach alles.



Wohnküchen sind ja sehr en vogue, hier das Modell offene Küche zum Schlafraum.



Hier der Essplatz in einer Küche für sechs (!) Personen.



Die Verlegung der Heizung wurde stilsicher dem Ambiente angepasst, mit dem Vorteil, dass man die im Raum schwebenden Rohre evtl. als Garderobe nutzen könnte.



Im Grundgesetz ist kein Grundrecht auf Wohnen formuliert. Jedoch beeinträchtigt das Leben in den o.g. Verhältnissen verschiedene Grundrechte, wie zum Beispiel Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1) oder die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1). Eine Wohnung ist mehr als ein Dach über dem Kopf, sie ist eine elementare Existenz- und Reproduktionsbedingung für alle Menschen, sie bietet Sicherheit, Rückzug, Privatsphäre und nicht zuletzt gesellschaftliche »Normalität«. Daher kann die Forderung nicht sein, Übergangswohnheime „hübscher“ zu machen und sie zu Dauerlösungen werden zu lassen, sondern; „Angemessenen Wohnraum für Alle!“

Alte kassieren! Junge zahlen nur drauf!

Mythen und Fakten zur Rentenpolitik

»Wer kennt nicht diese Bilder: braungebrannte, dicke Rentnerinnen in geblühten Badeanzügen, die am Strand von Mallorca turnen und angeblich die deutschen Sozialkassen ruinieren.« (taz, 23.1.2007)

In Deutschland werden die Älteren immer mehr und sie werden außerdem auch immer älter. Das ist eine Tatsache. Eigentlich ja prima, dass wir im Durchschnitt nicht mehr mit 40 Jahren sterben wie noch vor 100 Jahren. Doch die Angst geht um: Wer soll die Rente all der 90-Jährigen künftig finanzieren?



Wenn es um die Bevölkerungsentwicklung geht, beherrschen Katastrophenszenarien die Diskussion: In vielen ärmeren Ländern des Südens drohe eine «Bevölkerungsexplosion», heißt es dann. Damit ist gemeint, dass dort zu viele Menschen leben, die zu viele Kinder bekommen. Das Gegenteil in europäischen Ländern: Hier würden zu wenig Kinder geboren, weswegen eine «demographische Zeitbombe» tickte.

Um die Rente »zukunftsfest« zu machen, ist sie in den letzten Jahren umgebaut worden. »Nachhaltigkeitsfaktor«, »Riester-Treppe«, Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre – alle Änderungen laufen auf das Gleiche hinaus: Pro Kopf zahlt die Rentenversicherung schrittweise immer weniger Rente. Als Ausgleich sollen die Menschen sich zusätzlich privat vorsorgen und so die Löcher stopfen, die die Politik in die gesetzliche Rentenversicherung reißt. »Privat vorsorgen« heißt hier: Jede/r muss vom oft knappen Lohn noch etwas fürs Alter zurücklegen. Im Klartext: Per saldo sinkt der Lohn. Länger arbeiten, weniger Rente, weniger Lohn – all das stellen Politik und Expert*innen gern als zwangsläufige Folge der sinkenden Geburtenrate dar. An diesem Sachzwang sollen wir auch noch selbst schuld sein – wir haben zu wenige Kinder gezeugt und geboren. Dabei stimmt beides nicht. Das Rentenproblem ist kein biologisches, sondern ein ökonomisches und politisches. Und daher geht es nicht um Sachzwänge, sondern um Verteilungsfragen.

Dr. Sabine Reiner, ver.di-Gewerkschaftssekretärin für Wirtschaftspolitik und stellvertretende Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung, greift in der von ihr erarbeiteten Broschüre »Alte kassieren! Junge zahlen nur drauf!« (Reihe »luxemburg argumente«) die gängige Sachzwänge auf und versucht den Nebel zu lichten.

Auf einer Veranstaltung des Celler Rosa Luxemburg Club am Donnerstag, den 6. März 2014, 18.30 Uhr, VHS Celle, Trift 17, Raum 5, stellt Dr. Sabine Reiner die Argumente vor und zur Diskussion. Der Eintritt ist frei, die Publikation siehe unter:

<http://www.rosalux.de/publikation/40003>



Energiapolitik der EU

Binnenmarkt über alles?

Solar, na klar. Über das Ziel der Überwindung fossiler Technologien herrscht inzwischen weitgehend Einigkeit. Auch die EU-Kommission will Europa aus fossiler Abhängigkeit herausführen, das Ziel heißt »dauerhaft sichere und erschwingliche Energie« für Verbraucher und Industrie.

Die EU-Kommission setzt dazu auf die Vervollständigung des europäischen Energie-Binnenmarktes. Wie aber wird die Energiewende sozial? Und welche Veränderung in Wirtschaft und Politik ist für sie nötig? Die Alternativen kritischer Bewegungen erstrecken sich über ein weites Feld, sie reichen von »Ausbeutung abschaffen« bis »Neue Arbeitsplätze«, von »Energiedemokratie« bis »Effizienz«, von »lokale Energieautonomie« bis »EU-weite Energiesteuer«.

Dr. Ulrich Schachtschneider, Energieberater aus Oldenburg, freier Wissenschaftler und Autor, referiert zu diesem Themenfeld am Donnerstag, den 20. März 2014, 18.30 Uhr, in der Celler VHS, Trift 20, Saal.



Schachtschneider hat zu Fragestellungen sozial-ökologischer Transformationen publiziert. Er ist Mitglied bei attac, im Institut Solidarische Moderne sowie im Gesprächskreis Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im vergangenen Jahr hat er in einer Studie die »Positionen linker Parteien und Bewegungen zur Energie- und Klimapolitik der EU« untersucht, siehe:

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_Positionen_linker_Energiapolitik.pdf

Zu der Kooperationsveranstaltung von VHS Celle und Rosa Luxemburg Stiftung NDS ist der Eintritt frei.

»Blut und Ehre« von Andrea Röpke und Andreas Speit

Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt

Besprechung eines Buches über die Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland sowie Kritik am Nds. Verfassungsschutz, der Daten einer der Autor*innen rechtswidrig sammelte und vernichtete.



Die Autor*innen beschäftigen sich nicht nur mit dem NSU, dessen Taten, Hintergründe und Verbindungen, sondern mit der Entwicklung des neonazistischen und rassistischen Terrors seit 1945 sowie mit den Ermittlungen durch die Behörden. Oder sollte besser gesagt werden mit den Nicht-Ermittlungen? Sofern keine Bekenner schreiben auftauchen, fällt es den Behörden anscheinend schwer, Tattaten den Nazis zuzuordnen. Dabei hätten sich die Neonazis zu „keiner Zeit“ mit „theoretisch ausgefeilten Bekenner schreiben“ hervorgetan, so Fabian Virchow, Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus und Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf.

Auffällig sei auch, so Röpke und Speit, dass der linke Terror im kollektiven Gedächtnis präsent sei, der rechte wenig bis gar nicht. So konnten die Sicherheitsbehörden zunächst unwidersprochen behaupten, rechte Gewaltstrukturen habe es nie gegeben.

In dem Buch wird anhand zahlreicher Ergebnisse jahrelanger Recherche mit der These vom »Terror-Trio« aufgeräumt. Von über 130 Unterstützer*innen ist inzwischen auszugehen, darunter auch etliche »Informanten« verschiedener Geheimdienste und Sicherheitsbehörden, von Polizei und Verfassungsschutz. Die Rolle von Nazinetzwerken von Blood & Honour bis Ku-Klux-Klan werden beleuchtet, die Geschichte des Naziterrors seit 1945 wird nachgezeichnet und damit wird deutlich, dass der NSU zwar eine besondere Stellung einnimmt, alleine weil er von 1998 bis 2011 unbehelligt Terroranschläge durchführen konnte, aber rechter Terror nichts Neues ist. Die Nazistrukturen von Sozialistischer Reichspartei (SRP) über Wehrsportgruppen, das Oktoberfestattentat bis zu den Brandanschlägen der 1990er Jahre werden detailliert dargestellt.

Ein Kapitel ist dem Versagen der Sicherheitsbehörden gewidmet, obwohl dies auch in allen anderen Abschnitten überdeutlich wird. *„Hinsichtlich der erschreckenden Vielzahl von V-Männern in einflussreichen Positionen innerhalb des militanten braunen Spektrums stellt sich die Frage, wie groß der Anteil deutscher Nachrichtendienste tatsächlich am Aufbau radikaler neonazistischer Strukturen war. Gab es womöglich sogar interne Seilschaften innerhalb der Behördenapparate, die Sympathien für die braune Ideologie pflegten - und flossen dafür auch indirekt finanzielle Mittel?“* Dieser Frage geht Andreas Förster nach. Er macht deutlich, *„das beim Aufbau des deutschen Sicherheitsapparates nach Kriegsende bedenkenlos und mit Billigung der westlichen Alliierten auf alte Nazi-Kader zurückgegriffen wurde - NS-Verbrecher, die schon unter Hitler willige Vollstrecker eines rassistischen und völkischen Wahns waren.“*

Das Buch hat ein Sach-, Personen- und Ortsregister, so dass es sich hervorragend eignet für zielgerichtete Recherchen. Unter »Celle« ist dann auch an mehreren Stellen etwas über die regionale Naziszene zu erfahren, so z.B., dass einer der Unterstützer des NSU, Holger Gerlach, *„[...] seit Ende der 1990er Jahre die wichtigsten Anführer der norddeutschen Szene [kannte], vor allem auch aus den Reihen der ehemaligen Kameradschaft 77 und den Freien Nationalisten in Celle.“*

Andrea Röpke/ Andreas Speit (Herausgeber): Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland. Ch. Links Verlag, Berlin 2013. 286 S., 19,90 €

Andrea Röpke ist vielen von uns in Celle wohlbekannt, und wir greifen alle immer gerne auf ihre Recherchen zurück. Ihre Recherchearbeit ist nicht ungefährlich, sie ist immer wieder Bedrohungen durch Neonazis ausgesetzt. Doch damit nicht genug: Im Herbst vergangenen Jahres stellte sich heraus, dass der nieders.

Verfassungsschutz Daten über sie sowie weitere Journalist*innen gespeichert hat. Über sechs Jahre lang wurden illegaler Weise Informationen über sie gesammelt. „Nach Eingang eines Auskunftsbegleichens Anfang 2012 sind die Unterlagen aber gelöscht und die Journalistin ist über die Tatsache der Überwachung belogen worden“, so Andrea Röpkes Anwalt Sven Adam über den sie Strafanzeige wegen Verdachts der Urkundenunterdrückung erstattet hat.



Christian Rath fasste im November auf www.journalist.de die Gegenwehrmaßnahmen Röpckes so zusammen:

„Die Staatsanwaltschaft Hannover leitete zwar ein Ermittlungsverfahren »gegen unbekannt« ein, stellte es aber schon drei Tage später wieder ein: Es läge keine Straftat vor. Hiergegen haben Andrea Röpke und ihr Anwalt Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft eingelegt. Wenn auch diese sich weigert zu ermitteln, kann noch das Oberlandesgericht im Klageerzwingungsverfahren angerufen werden. Ziel der Strafanzeige ist nicht nur die Bestrafung des Täters, sondern auch die Aufklärung des Vorgangs durch die Staatsanwaltschaft. Gegen den namentlich bekannten Verfassungsschutzbeamten, der die falsche Auskunft unterzeichnet hat, läuft eine Dienstaufsichtsbeschwerde. Er arbeitet inzwischen in einer anderen Behörde und hat noch nicht Stellung genommen.“

Parallel baten Andrea Röpke und ihr Anwalt Sven Adam den niedersächsischen Verfassungsschutz um ein Anerkennung, dass sowohl die Speicherung der Daten Andrea

Röpkes rechtswidrig war als auch deren überstürzte Löschung und die nachfolgende falsche Auskunft. Am 1. Oktober 2013 antwortete das Landesinnenministerium, dass die Datenlöschung „nicht vertretbar“ gewesen sei. Dagegen sei die falsche Auskunft unvermeidbar gewesen, da „zum Zeitpunkt der Auskunfterteilung keinerlei Daten mehr in der elektronischen Aktsdatei gespeichert waren“.

Anwalt Adam hat dem Land noch einmal eine Frist gesetzt, verbindlich anzuerkennen, dass das Verhalten des Verfassungsschutzes in allen drei Punkten rechtswidrig war. Wenn dieses Anerkenntnis ausbleibt, soll das Land vor dem Verwaltungsgericht verklagt werden.

Schließlich verlangt Röpke vom Verfassungsschutz eine Rekonstruktion der gelöschten Daten. Die Präsidentin des Landesamts, Maren Brandenburger, hatte anfangs erklärt, dass dies grundsätzlich möglich sei. Zu dieser Anfrage liegt noch keine Antwort vor. Auch hier könnte am Ende eine Klage vor dem Verwaltungsgericht erfolgen.“

Dass dieser Skandal gut ein viertel Jahr nach Bekanntwerden kaum noch Thema ist, ist unglaublich. Da ist Andrea Röpke Sachverständige in den NSU-Untersuchungsausschüssen im Bundestag sowie im Sächsischen und Bayerischen Landtag, da wird bei den Untersuchungen u.a. durch diese Ausschüsse das Versagen der Verfassungsschutzbehörden überdeutlich und zeitgleich stellt sich heraus, dass mindestens eine dieser Behörden, nämlich der nieders. Verfassungsschutz Daten über Journalist*innen sammelt, die sich intensiv um Aufklärung über die Neonaziszene kümmern und ihre Erkenntnisse der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut und grundgesetzlich geschützt – die Neonazis ziehen mordend durchs Land und wen hat der VS auf dem Kieker?

Es kann nur eine Konsequenz geben: Verfassungsschutz abschaffen!!

Vorschau

Bjarano & Microphone Mafia wieder in Celle!

Bejarano & Microphone Mafia haben mit »la vita continua« ein neues Album herausgebracht. Am Samstag, den 24. Mai 2014, sind sie um 19 Uhr CD-Kaserne (Halle 16). Veranstalter sind der DGB Nord-Ost-Niedersachsen und das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus. Der Eintritt frei!

Der Fokus liegt erneut auf den ganz starken Worte, die von Esther, Kutlu und Pennino vorgetragen werden und als Grundlage zumeist Klassiker der Coincidence und der Microphone Mafia enthält. Klezmer-Pop, orientalische Klänge, Hip Hop und Kölsche Mundart betten die "Tränen wie Blut" in einen globalen Kontext und sind ein Manifest für den antifaschistischen Kampf, aber auch ein Tondokument wider das Vergessen.



»Rocker« & Rechtsextremismus

Im Sommer 2012 kamen die Hells Angels in Hannover einem Verbot zuvor und lösten kurzer Hand ihr dortiges „Charter“ (Ortsgruppe) selbst auf. Der Chef Frank Hanebuth, auch Steintorkönig genannt, da er mit seinen Männern das Rotlicht- und Türstehergeschäft dominierte, ging nach Spanien, wo er im Juli 2012 festgenommen wurde. Als Kopf des Hells-Angels-Charter „Spain“ wird ihm und den anderen Mitgliedern unter anderem Bildung einer kriminellen Vereinigung, Förderung illegaler Prostitution, Drogenhandel und Geldwäsche vorgeworfen.

Am 28.01.2013 wurde das neue „Charter South Heath“ (=Ortsgruppe Südheide) gegründet, und im Herbst des letzten Jahres ein Clubhaus in Westercelle, Neues Land, gepachtet (siehe Fotomontage). Verpächter ist Adolf Cewe, der den Vertrag mit einem „Strohmann“ geschlossen haben soll und nicht gewusst haben will, dass dahinter die „Hells Angels“ stecken. Da sich Cewe weigert, den Vertrag rückgängig zu machen, bezweifelte Celles OB Mende dieses Nichtwissen. Sehr schnell wurde in Celle eine Bürgerinitiative ins Leben gerufen, die 1680 Unterschriften gegen die Existenz eines Hells Angels Clubhauses in ihrem Stadtteil sammelt. Befürchtet wird neben Motorradlärm der Einzug organisierter Kriminalität. Die Stadt will den „Weg der tausend Nadelstiche“ gegen die Hells Angels beschreiten. So soll das Baurecht „sehr restriktiv“ ausgelegt werden. Z.B. soll das gepachtete Objekt ein öffentlich zugängliches Lokal sein und kein Clubhaus nur für Mitglieder. Aber ein Clubhaus für private Treffen und Feierlichkeiten ist wohl von den Hells Angels geplant, so dass der jetzige Mieter eine Nutzungsänderung beantragen muss. Nach dem anfänglichen Aktivismus bei Umbaumaßnahmen, ruhen diese nun seit einiger Zeit – was auch immer das bedeuten mag.

Was ist das denn nun überhaupt für eine Gruppe, die dort ein Clubhaus einrichten möchte? Die „Hells Angels Charter South Heath“ soll aus sieben Mitgliedern bestehen sowie weitem acht Personen, die zum unmittelbaren Umfeld gehören, so das nieders. Innenministerium.

„Der Hells Angels Motorcycle Club (HAMC) ist ein Motorrad- und Rockerclub, dessen Mitglieder typischerweise Harley-Davidson-Motorräder fahren. Er wurde 1948 gegründet und ist zurzeit in 32 Ländern mit sogenannten „Chartern“ (Orts- oder Landesclubs) vertreten. National und international wird der Club seit Jahrzehnten regelmäßig durch Behörden und Medien mit verschiedenen Strafta-

ten in Verbindung gebracht und es kam weltweit immer wieder zu Verurteilungen einzelner Mitglieder z. B. aufgrund von Gewalt- und Drogendelikten, Delikten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Schutzgelderpressungen sowie zu Verboten ganzer Charter“, soweit wikipedia zu den Dingen, die eigentlich allgemein bekannt sind.

Interessant sind noch die Verbindung zur Neonaziszene, die weniger öffentlich publiziert werden. Hanebuth selber wird bei Merkur-online.de wie folgt zitiert: „Wenn wir das Gefühl haben, dass jemand ein Nazi sein könnte, schicken wir ihm eine fingierte Einladung (zu eine Naziveranstaltung, rev.)“, sagte Hanebuth der Bild am Sonntag. „Wenn er hin will, passt er nicht zu uns. [...]“



Waffenhandel sei verboten; jemand, von dem bekannt sei, dass er mit Drogen handle, „hat keine Chance, bei uns Mitglied zu werden“. (Merkur-online.de 03.06.2012) So unglaublich es ist, dass Drogen- und Waffenhandel bei den Hells Angels ein Grund zum Rauswurf wäre, so unglaublich ist es, dass Neonazis bei denen nichts zu suchen hätten.

„Was die Rockerszene bei Neonazis so beliebt macht, ist neben dem ausgeprägten Hang zum Recht des Stärkeren, zu gewalttätigem Territorialverhalten, Soldatenthos und »Kameradschaft« vor allem die Infrastruktur. Rocker bieten mit Clubhäusern, Lokalen und ihrer schützenden Hand den möglichen Raum für Rechtsrockkonzerte und Tattoo-Studios. So klebte der Besitzer eines mittlerweile geschlossenen Neonaziladens in der Hamburger Talstraße einen Sticker mit der Aufschrift »Big Red Machine« – ein Code für die »Hells Angels« – an sein Geschäft, um mögliche Gegner abzuschrecken. Denn für Antifaschisten macht es einen erheblichen Unterschied, ob sie nur Rechtsextreme gegen sich haben oder auch mafiöse Rocker.“ (jungle world 17.07.2008)



Der lesenswerte Artikel „Vom Kamerad zum Member“ des Antifaschistischen Infoblatts vom Oktober 2013 führt in das Thema wie folgt ein: *„Blood & Honour trifft die Hells Angels auf der »Nordachse - Die Entwicklung der Strukturen des im Jahr 2000 verbotenen Netzwerkes von Blood & Honour (B&H) lässt sich auch für Rostock und Umgebung nachzeichnen. Bereits vor dem Verbot von B&H orientierten sich einige Mitglieder der Sektion Mecklenburg hin zum Rotlicht- und Rockermilieu. (Ehemalige) Aktive von B&H in Rostock, Hildesheim und dem Raum Magdeburg bilden bis heute ein Netzwerk mit hoher personeller Kontinuität. Dessen Spur führt seit nunmehr 15 Jahren in Wehrsportgruppen, in die völkische Artgemeinschaft, ins Tattoo-Business, in die Rockergruppe Hells Angels und das mutmaßliche Unterstützungsumfeld des NSU.“* Nun könnte mensch denken, Rostock ist weit weg, aber so weit dann auch wieder nicht. *„Die Hells Angels weisen in einzelnen Regionen Deutschlands eine hohe Dichte von (ehemaligen) B&H-Aktiven auf. Von besonderem Interesse ist das Charter Rostock. Dort finden sich eine Reihe »Fullmembers«, die im Kreis von B&H eine Rolle spielten: Knoch, Franke, Mirko Appelt sowie Thomas Düwell als einziger gebürtiger Rostocker. Interessant ist, dass die Niedersachsen Franke und Knoch Mitglieder des Rostocker Charters sind, was die Vermutung nährt, dass die beiden, die sich bereits ab Mitte der 2000er den Hannoveraner Hells Angels angeschlossen hatten, wohl zur Unterstützung, wenn nicht gar zum Aufbau des Charters nach Rostock geschickt wurden und dort auf »bewährtes« Personal zurückgriffen. Knoch zeigte sich dort öffentlich als Betreuer des Hells Angels Merchandise-Standes bei Tattoo-Conventions. Marcel Ulrich von Combat and Survival verblieb bei den Hells Angels in Hannover; 2008 wurde er dort als Mitgliedsanwärter aufgenommen.“* (aib 10/2013)

Franke und Knoch sind hier in der Gegend keine Unbekannten. aib 10/2013: *„Noch zu B&H-Zeiten entstand im Kreis der niedersächsischen Sektion die »Combat & Survival Warrior School«, für die in den*

vergangenen Jahren der ehemals B&H-Aktive Marcel Ulrich stand. Spätestens 2004 folgte die Gründung der »Schule für Überlebenstraining«, geleitet vom ehemals B&H-Aktiven Johannes Knoch, der seit den 1990er Jahren mit Hannes Franke als unzertrennlich erscheinendes Duo auftritt. [...] Zum Angebot von Combat and Survival zählte u.a. eine Scharfschützenausbildung. Die Übungen fanden teils auf einem Truppenübungsplatz bei Munster (Lüneburger Heide) statt, wo Knoch jahrelang das Ladengeschäft »Dezentral« betrieb, das militärische Ausrüstung anbot und 2012 Insolvenz anmeldete. An den Trainings nahmen Neonazis aus Nah und Fern teil: (Ehemalige) B&H-AktivistInnen aus Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Rostock - unter ihnen auch Thomas Düwell. Der 1982 in Rostock geborene Thomas Düwell gehörte aufgrund seiner Jugend nicht dem engeren Kreis des »alten« B&H an. Sein Einstieg in die Szene geschah um 1999, als er im Alter von 17 Jahren an einer regionalen Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltung teilnahm.“

Und da schließt sich dann auch eine direkte Verknüpfung zu Celle an. In revista 62 berichteten wir über den Celler Tattoo-Shop »Dr. Jekyll & Mr. Hyde«. Einer der Betreiber, Christian Heidel, gibt als Referenzen die Studios Last Resort (Hildesheim) oder Bulletproof (Munster) an. Dort hätte er unter Beweis gestellt, dass er sein Handwerk beherrsche. 2010 hieß es im Weser-Kurier, dass Knoch Chef des Hildesheimer Tattooladens und Franke Manager des Munsteraner Ladens gewesen sei. Aktuell steht auf der Homepage das Foto von Knoch mit dem Text, er sei der Inhaber. In einem Internetfirmenauskunftsportal ist er auch als Inhaber des Ladens in Munster aufgeführt.

By the way: *„Franke und sein Geschäftspartner und B & H-Kamerad Hannes Knoch gehörten 1999 zu den Teilnehmern eines Solidaritäts-Konzerts mit dem thüringischen Liedermacherduo »Eichenlaub«, das den auf der Flucht befindlichen Bombenbastlern (Zschäpe, Bönhard und Mundlos, rev.) ein Lied gewidmet hatte. Auch Holger Gerlach, der dem NSU-Trio über Jahre hinweg mit Papieren aushalf und ihnen sogar eine Waffe lieferte, war als begeisterter Gast bei dem Konzert in der Nähe von Hildesheim.“* (Blick nach Rechts, 20.07.2012)



Über Neonazis und Rocker gibt es im antifaschistischen infoblatt 100 einen aktuellen Artikel »Vom Kamerad zum Member? Blood & Honour trifft die Hells Angels auf der Nordachse«, siehe:

<https://www.antifainfoblatt.de/artikel/vom-kamerad-zum-member>

Im Wald und auf der Heide - #01

Heute: Frühstück unter Wölfen.



Blick nach Links #09 - Wir pflanzen einen, nein viele, viele Bäume.

Zunächst sei an dieser Stelle doch einmal die Celler Verwaltung, in Person des städtischen Landschaftsarchitekten Martin Engelhard, in höchsten Tönen gelobt, und zwar für den wohlthuenden Vortrag, den dieser vor den Altstädter Ortsräten hielt. Selten genug spricht nämlich jemand in der Art und Weise über Bäume, wie Engelhard es (s. CZ vom 12.11.2013 „*Baumsterben in der Altstadt*“) tut: Er schreibt ihnen „*Gefühle*“ zu, „*sie sind Geschöpfe, die ihr Leben in der Altstadt fristen müssen, eingezwängt wie eine Zuchtsau in der industriellen Massentierhaltung.*“

Also mal weg von der rein juristischen Definition, nach der ein Baum eine Sache ist, nicht mehr und nicht weniger. Und es wird einmal mehr klar, dass unsere Fußgängerzone nun wirklich kein Lebensraum für Bäume ist und wir mit Alexandra singen könnten: „*Mein Freund der Baum ist tot*“. Nur: Der war ja schon beim Einpflanzen ins Betonpflaster nicht unser Freund. In der Altstadt reichte es doch erstmal, wenn Penny ein paar mehr geklonte Thujen, Palmen, Benjamins usw. während der Geschäftszeiten vor die Tür stellte.

Und denen, die für „*jeden Baum kämpfen*“ wollen (also in der Altstadt, so Tim Übermuth von der CDU), sei doch dringend empfohlen, erstmal dafür zu sorgen, dass nicht ganze Baumreihen auf Wunsch der Anlieger weggehauen werden, weil diese keinen Bock auf Laub in den Dachrinnen und in ihren Vorgärten haben. Grüne Lunge ja, Bäume nein- wagt denn nu?

Eine Möglichkeit, diesem Dilemma zu entgehen, ist, sich online einen eigenen Wald in den Rechner zu pflanzen. Entdeckt in der FAS vom 12.01.2014 lässt sich unter diesem Link www.forestation.com genau das tun. Nach dem Aufruf dieser Seite und einem Klick auf den Button „*Create your Forest*“ legt ein Zufallsgenerator los und entwirft Bäume (die basieren auf Algorithmen, die mit Zufallszahlen fraktale Elemente generieren und miteinander kombinieren – hä?), na,

jedenfalls wachsen beliebig viele bezaubernde Bäume in kürzester Zeit gen Himmel, die sich dann drehen, verschieden positionieren und wieder ausgraben lassen. Auf Wunsch bekommen die Bäume auch Blätter. (Die, die Dachrinnen ihr eigen nennen, können sie ja weglassen).

Das fertige Panorama lässt sich mit dem Cursor um die eigene Achse drehen; auf diese Weise lässt sich ein Wald von riesigen Ausmaßen erschaffen. Ein Wolfsrudel ist in diesem Szenario leider nicht vorgesehen.

Vegan – Guerilla #03

Grünkohl-Chips

Nicht alles, was aus US-Amerika kommt ist schlecht, z.B. Soul-Musik oder die Simpsons – was ihr mal probieren könnt, für die Ergänzung des Satzes: „Nicht alles, was aus den USA kommt, ist schlecht, z.B. ...“ empfehlen wir diesmal die sogenannten »Kale Chips«, zu deutsch Grünkohl Chips.

Schaut mal in euren Garten, ob ihr noch ein paar Pflänzchen stehen habt – oder geht mal auf den Markt: Im Februar dürfte es erstmal die letzte Chance geben ...

Was stellt ihr dann mit diesem ja auch sonst tollen Wintergemüse an:

Nehmt mal so 150-200 Gramm für ein Backblech. Grünkohl waschen und dann möglichst trocken »schleudern«. Die Grünkohlblätter dann in Chipsgröße rupfen und – am besten in einer Schüssel - mit (Oliven-)Öl (2-3 EL.), Paprikapulver, Pfeffer und einem Hauch Salz vermischen (beim ersten Mal eher zu wenig als zuviel).

Die Grünkohlchips müsst ihr dann auf dem Backblech schön verteilen (nicht zu eng) – Gourmets empfehlen dann noch: mit Hefeflocken überstreuen; und dann bei 175°C rein damit in den Ofen. (Manche meinen bei der Temperatur lieber weniger und dafür länger.) Je nachdem, wie feucht der Grünkohl noch war, dauert das Ganze dann um die 10 Minuten (plus minus drei). Zwischendurch immer mal nachschauen, eventuell ein bisschen bewegen. Und probieren, weil: zwischen lecker knusprig und ungenießbar schwarz ist's nur ein schmaler Grat.

Vor dem Servieren könnt ihr dann nach Geschmack noch etwas salzen. Das Ganze schmeckt warm und kalt.



»Genosse« Franziskus meint:

Diese Wirtschaft tötet

Wir dürfen nicht vergessen, dass der größte Teil der Männer und Frauen unserer Zeit in täglicher Unsicherheit lebt, mit unheilvollen Konsequenzen. Einige Pathologien nehmen zu. Angst und Verzweiflung ergreifen das Herz vieler Menschen, sogar in den sogenannten reichen Ländern. Häufig erlischt die Lebensfreude, nehmen Respektlosigkeit und Gewalt zu, die soziale Ungleichheit tritt immer klarer zutage. Man muss kämpfen, um zu leben - und oft wenig würdevoll zu leben. [...]

Ebenso wie das Gebot „*Du sollst nicht töten*“ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein „*Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen*“ sagen. Diese Wirtschaft tötet. Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte an der Börse Schlagzeilen macht. Das ist Ausschließung. Es ist nicht mehr zu tolerieren, dass Nahrungsmittel weggeworfen werden, während es Menschen gibt, die Hunger leiden. Das ist soziale Ungleichheit. Heute spielt sich alles nach den Kriterien der Konkurrenzfähigkeit und nach dem Gesetz des Stärkeren ab, wo der Mächtigere den Schwächeren zunichte macht. Als Folge dieser Situation sehen sich große Massen der Bevölkerung ausgeschlossen und an den Rand gedrängt: ohne Arbeit, ohne Aussichten, ohne Ausweg. Der Mensch an sich wird wie ein Konsumgut betrachtet, das man gebrauchen und dann wegwerfen kann. Wir haben die „Wegwerfkultur“ eingeführt, die sogar gefördert wird. Es geht nicht mehr einfach um das Phänomen der Ausbeutung und der Unterdrückung, sondern um etwas Neues: Mit der Ausschließung ist die Zugehörigkeit zu der Gesellschaft, in der man lebt, an ihrer Wurzel getroffen, denn durch sie befindet man sich nicht in der Unterschicht, am Rande oder gehört zu den Machtlosen, sondern man steht draußen. Die Ausgeschlossenen sind nicht „Ausgebeutete“, sondern Müll, „Abfall“. [...]

Während die Einkommen einiger weniger exponentiell steigen, sind die der Mehrheit immer weiter entfernt vom Wohlstand dieser glücklichen Minderheit. Dieses Ungleichgewicht geht auf Ideologien zurück, die die absolute Autonomie der Märkte und die Finanzspekulation verteidigen. Darum bestreiten sie das Kontrollrecht der Staaten, die beauftragt sind, über den Schutz des Gemeinwohls zu wachen. Es entsteht eine neue, unsichtbare, manchmal virtuelle Tyrannei, die einseitig und unerbittlich ihre Gesetze und ihre Regeln aufzwingt. Außerdem entfernen die Schulden und ihre Zinsen die Länder von den praktikablen Möglichkeiten ihrer Wirtschaft und die Bürger von ihrer realen Kaufkraft. [...]

Auf diese Weise erzeugt die soziale Ungleichheit früher oder später eine Gewalt, die der Rüstungswettlauf nicht löst noch jemals lösen wird. Er dient nur dem Versuch, diejenigen zu täuschen, die größere Sicherheit fordern, als wüssten wir nicht, dass Waffen und gewaltsame Unterdrückung, anstatt Lösungen herbeizuführen, neue und schlimmere Konflikte schaffen.

Wir dürfen nicht mehr auf die blinden Kräfte und die unsichtbare Hand des Marktes vertrauen.

Franziskus (aus »Evangelii Gaudium«)

Dass „*diese Wirtschaft tötet*“ und das Phänomen der „*Ausschließung*“ benannt wird, ist schon »harter Tobak« aus dem Munde eines Kirchenchefs. Selbstverständlich ist dies aber keine *Kritik der politischen Ökonomie*, sondern dient der Vernebelung der Köpfe. Denn weder gibt es das *WIR*, von dem der Pabst da durchgängig schreibt, noch taugt sein Lösungsvorschlag etwas – denn der besteht darin, dass Gott es irgendwie bewerkstelligen soll, „*dass die Zahl der Politiker zunimmt, die fähig sind, in einen echten Dialog einzusteigen, der sich wirksam darauf ausrichtet, die tiefen Wurzeln und nicht den äußeren Anschein der Übel unserer Welt zu heilen*“. Die Leser*innen unserer kleinen Zeitschrift wissen ja: „*Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun, uns von dem Übel zu erlösen, das können wir nur selber tun.*“

Und deshalb zur Besinnung noch ein Gedicht aus Heinrich Heines »Deutschland. Ein Wintermärchen«

Wir wollen auf Erden glücklich sein,
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch
Was fleißige Hände erwarben.

Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,
Und Zuckererbsen nicht minder.

Ja, Zuckererbsen für jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen.

Wir klagen um Aphroditis Kanellos

Any man's death diminishes me, because I am involved
in mankind.

— John Donne

A.K. akkordarbeiterin, dichterin
nicht aufgeführt im „Who's Who“
nicht aufgeführt in Kindlers Literaturlexikon
nicht aufgeführt in der Brockhaus Enzyklopädie
nicht aufgeführt in der Encyclopaedia Britannica.
In der weißen leichenkammer
des städtischen krankenhauses
unter ihrem mystischen himmel von jodblumen
liegt
Aphroditis Kanellos
21 jahre alt
Unfalltote.
Todesursache: doppelter Schädelbasisbruch.
Konstitutionstyp: leptosom
knabenhaft.
Körpergröße: 153,3m.
Gewicht: 40 kilo.
Gesicht: schmal, zartgebildet
olivengrünlich.
Die Verbindung zwischen der glatten, hochgewölbten
stirn
und dem schmalen nasenrücken ist musterhaft.
Kinn: weich, attisch.
Mund: schmal, fast etwas zu groß.
Haarfarbe: schwarz, ins violette gehend.
Farbe der iris vor dem exitus: veilchenblau.
Brauen: hochgewölbt
an vogelschwingen erinnernd.
Hände: schmal, mit spitzzulaufenden fingern.
Füße: zierlich, klein
virgo intacta.

Aphroditis Kanellos
wurde laut griechischem reisepaß 1954 geboren,
am 12. mai
geburtsort durch bestempelung unleserlich
wahrscheinlich ein dorf der insel los
in der Ägäis.
In reiseführern wird die insel gerne
als steinernes schiff bezeichnet.
Sein imaginäres grab fand hier
der augenlose Homer.

Aphroditis Kanellos
war arbeiterin
in einer kunststoffabrik
am rand der Lüneburger Heide.
Nach rechen bei ihren arbeitskolleginnen
lebte sie völlig isoliert, einsam.
Für männer, auch landsleute, die sich um ihre gunst
bemühten
war sie eine schwarze statue von schweigen.
Berichtet wurde über ihren fleiß.
Ihre einstellung zum aufsichtpersonal
war ohne tadel.
Oft soll sie geweint haben vor ihrer automatikmaschine.
Warum weinte A.K.?
Sie war doch akkordarbeiterin.
Weint eine klassenbewußte akkordarbeiterin
am zugewiesenen arbeitsplatz?
An samstagnachmittagen besuchte sie sporadisch
das griechische klubheim Akropolis
ließ sich zwei glas bier geben
manches mal dazu einen schnaps.
Nach einer stunde ging sie grußlos und sehr
schnell wieder.
A.K. bot man ein zimmer im wohnheim der firma an.

Helmut Maria Soik (eigentl.: Hellmuth Robert S., auch: Thomas Michael Malan) ist ein zu Unrecht fast vergessener Lyriker, der nach seiner Kriegsgefangenschaft ab 1950 in Celle lebte. Geboren am 12.7.1911 im bayerischen Schwenningen arbeitete er nach dem Studium der Literatur- und Theaterwissenschaften von 1934 bis 1939 als Verlagslektor und Redakteur. Zwei in den 1930er Jahren entstandene Gedichtbände kommen noch als idealistische Verkündigungsdichtung daher.

In den 1950er Jahren entstanden noch zwei Gedichtbände. Wahrgenommen wurde er erst wieder mit dem 1976 veröffentlichten zweisprachigen Band *Rimbaud under the Steel Helmet / Rimbaud unterm Stahlhelm*. Es folgte 1980 der *Exkurs über die mögliche Existenz der Hölle*, für den Jörg Fauser das Vorwort verfasste. Zentrale Themen, so Killys Literaturlexikon, „sind Nationalsozialismus u. Restauration, polit. Gewalt, Entlarvung der Helden u. Lob der unbekanntenen Unschuldigen.“

Soik starb am 14.6.1989 in Celle.



Sie aber lehnte ab
 und bezog ein winziges mansardenzimmer
 mit duschenbenützung
 in der altstadt.
 Der preis für dieses zimmer betrug monatlich
 150 DM ohne frühstück.
 Grund ihrer Weigerung war:
 sie wollte allein sein.
 Wie kann man dichten
 im geschnatter exotischer vögel?
 Außerdem langweilten sie die kleinen amouren
 ihrer kolleginnen.
 Ihrer vermietetin, einer sozialrentnerin
 soll gesagt haben sie:
 In dieser eisernen hölle von lärm
 an diesen maschinen ginge sie unter mit
 der zeit.
 Um den fabrikabort benützen zu können
 müsse sie selbst für ablösung sorgen
 denn die maschinen liefen ja weiter.
 Sie arbeite gern, war keine bummlerin
 aber für diese arbeit blieb eine fremde sie
 In einem halben jahr wolle sie kündigen.
 Sie wolle nach haus wieder
 und wenn es sein müsse zu fuß
 oder mit dem fahrrad über Bulgarien
 oder einer der anderen Volksrepubliken unten.
 Ihr vater sei fischer
 fahre nachts mit großen karbidlampen am heck
 über die flut.
 Draußen bei sturm wären viele geblieben
 darum werde auf der insel so viel schwarz getragen.
 Der feigenkuchen ihrer mutter
 im herbst hauptsächlich gebacken
 wär' dorfgespräch.
 Auch touristen kämen ins haus
 um zu kaufen.
 Tiere hätten sie wenige:
 acht ziegen, zehn hühner und eine katze.
 Hunde liebe sie nicht so
 die wären zu laut ihr.
 Holz für den herd
 und zum räuchern
 hole mit dem esel sie
 in der Umgebung.
 Ihr liebster heiße Phaon
 sei einarmig
 den linken arm hätte er verloren.
 Eine traurige geschichte.
 Alles nur, weil er teilnahm an einer demonstration
 gegen die obristenherrschaft.
 Eine riesiges NEIN hätte er auf die hauptstraße
 gemalt mit lackfarbe
 da hätten die panzer gefeuert.
 Halb schon im koma
 erzählte sie der diensttuenden nachtschwester
 die so alt war wie sie
 daß im grabfeld der amerikanischen archäologen
 ein marmorblock gefunden wurde

auf dem stand eingehauen
 in alter griechischer schrift:
 „Sei glücklich!“
 Das war' doch ein wort nach dem auch arme
 leben könnten, wenn genug brot wäre
 im haus.
 Der himmel überm dorf
 sei weißes feuer im sommer.
 O das licht, das viele licht
 begreifen sie das?
 Licht, dem keiner entkommt
 licht am morgen
 licht am mittag
 licht am abend
 wie feurgold der ikonon in der kirche
 wenn alle kerzen brennen.
 Und diese stille am mittag!
 Ein Sandkorn aus der hand höre man fallen
 wenn zwischen farnkraut und myrthe
 die ziegen grasen.
 Oft am strand hätte sie weiße sandlilien gepflückt
 blumen für die nackten, toten frauen
 der reichen fremden
 aus Deutschland, aus England, aus den U.S.A.
 frauen, die das meer anschwemmt oft
 zwischen dem weiß der klippen
 mit badeanzügen, winzig kleinen, leeren gummibooten
 und ölfaschen aus plastik.
 15 decken aus eigener wolle hätte sie bereit
 für die aussteuer
 alles selber gewebt an langen abenden im monat juni.
 Nach der hochzeitsnacht
 würden die jungen frauen
 ihr hemd waschen am morgen im meer.
 bekäm' sie eine tochter
 müsse sie „Frieden“ heißen
 oder Antigone
 auf daß die liebe in der welt bliebe
 nicht der haß.
 Nicht der schrei aus den eingeweiden
 der foltermaschinen
 nicht die zwölf schüsse im morgengrauen
 (die hörte ein hirte im ölhain)
 wenn einer zum letzten mal „FREIHEIT“
 und „HELLAS“
 ruft
 und das mit verbundenen augen
 und das noch mit erhobener faust.

 Trotz ihrer müdigkeit
 nach der arbeit
 nahm sie deutschunterricht
 in kursen der Volkshochschule.
 Der lehrer sei ein kinderpsychologe
 durch die tyrannis nach hier verschlagen
 aus der hauptstadt Athen.
 In ihrem armseligen nachlaß
 bestehend aus kleidern, töpfen, geschirr
 und glasketten

fand man einige deutsche bücher auch
so gedichtbände der klassiker
eine taschenausgabe des „Hyperion“ von Hölderlin
eine biographie über Lord Byron
der bei Missolonghi am fieber starb
und eigene dichtungen, 200 manuskriptseiten.
Politisches fand sich nicht vor
abgesehen von einem bildausschnitt
aus einer zeitschrift
die folterung chilenischer patrioten
betreffend.
Mit rotstift schrieb Aphroditis darüber:
„Das wird sich rächen und blutig.
Was nützt es, sie hinterm stadion einzugraben
das korn wird sprießen trotzdem
und schweigen werden wir niemals
nicht bei euch und nicht in Hellas!“
Jeder hätte annehmen können
daß sich taschenausgaben von Marx und Engels
oder lieder des widerstandes gefunden hätten
in ihrem kram.
Uns hat man von funden dieser art nichts
berichtet.

Dem betriebsarzt sagte sie
bei einer untersuchung
ein monat vor ihrem tod:
Wenn sie 100 000 drachmen auf der kasse hätte
wolle sie ins dorf zurückkehren wieder.
Mit 20 kindern könne man schon einen
dorfkindergarten aufmachen.
Sie wäre gewöhnt, auch in armut
glücklich zu sein
vor allem, wenn sie anderen helfen könnte.
Für sich brauchte sie wenig geld.
Bücher vor allem brauche sie, viele bücher.
Schriftstellerin wolle sie werden.
200 gedichte hätte geschrieben sie schon
ein paar schon veröffentlicht
in anthologien, wie man das nennt.
Ihr lehrer im dorf
hatte erzählt
daß auf Mytilene eine frau Sappho gelebt hätte
so ungefähr vor 2375 jahren
eine politisch engagierte dichterin
die hätte später nach der emigration in Sizilien
eine art mädchenheim geleitet.
Gedichte hätte sie auf bestellung geschrieben
so zu hochzeiten.
Was sie geschrieben hätte
unsterblich wäre es.
Ja, die wäre ein vorbild ihr.
Sie würde schreiben nach dem dienst
im kindergarten
nachts bei ihrer petroleumlampe
wenn die plejaden über den ölbäumen ständen.
Eine freundin hätte sie auch
die mitmachte im kindergarten.
Hieße Atthis

wäre die tochter des dorfpolizisten
die könnte mithelfen, die kleinen zu füttern
sie zu baden.
Als sie in der bürgermeisterei
ihren arbeitsvertrag im beisein der deutschen
unterschrieben hätte
sagte Atthis:
„Wie schwer haben wir es. Ich wollte, ich wäre tot.
Ja, wahrhaftig, ich bleibe ungern hier, allein ohne dich.“
„Glückliche reise“, hätte sie gesagt.
„Du weißt ja, wie wir für dich gesorgt haben.
Und wenn nicht, will ich dich erinnern
daran, wie leicht und lustig wir's trotzdem gehabt
haben. Viele kränze von rosen und veilchen hast du mir
um locken und zöpfe gelegt.
Wenn du wiederkommst, werde ich dir
mit eurem esel entgegenreiten
bis zur bushaltestelle.“

Aphroditis Kanellos
dichterin zeit deines lebens
(wenn auch gedruckt kaum
deine verse
die herrlichen, wunderbaren).
Stumpfsinnige idioten haben verbrannt
sie sicher längst.
Schwester der Sappho
im 20. jahrhundert.
Brutal zerstampft
von einem mercedes 200
den ein generalvertreter für fette fuhr.
Wie alle toten
wirst du sehr schnell vergessen sein.
Wir aber
gedenken deiner in scham
über unser schweigen damals.
Du stehst vor gott und den heiligen
mit deinen gedichten in der hand.
Vergib uns
und laß uns in liebe deiner gedenken
du zarte
wenn auch spät.

Rimbaud under the Steel Helmet
[Rimbaud unterm Stahlhelm]
Helmut Maria Soik

New poems translated by
Georg M. Gugelberger and Lydia Perera

The Red Hill Press
Los Angeles & Fairfax 1976

Die englische Version ist im Internet zu finden unter:

http://triceratops.brynmawr.edu:8080/dspace/bitstream/handle/10066/5161/Soik_4_2.pdf?sequence=1



Kino 8 ½ im Febr./März

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



07. und 08. Februar

MEINE LIEBE FRAU SCHILDT EINE ODE AN DIE GRUNDSCHULE

Die Grundschullehrerin Dietlind Schildt steht kurz vor dem Ruhestand und hat zum letzten Mal eine 4. Klasse in der Grundschule in Hamburg Ottensen. Ihre Devise: Die Kinder sollen so viel wie möglich lernen, denn Wissen ist Macht. Die Schule und die Kinder könnten gewöhnlicher nicht sein. Und doch hat die Pädagogin in den letzten 40 Jahren ihre ganz eigenen Mittel gefunden, die Kinder auf den Übertritt in die 5. Klasse und vor allem auf den Ernst des Lebens vorzubereiten.

Deutschland 2013, Kinostart: 26. Januar 2014, 90 Minuten

14. und 15. Februar

BLAU IST EINE WARME FARBE

Eine französische Schülerin aus einfachen Verhältnissen verliebt sich in eine Kunststudentin mit blauen Haaren. Nach ihrem Schulabschluss nimmt sie ein pädagogisches Studium auf und zieht zu ihrer Geliebten. Das Gefälle zwischen den Milieus macht sich jedoch bald bemerkbar. Eine intensive Adaption einer Graphic Novel, die mit außerordentlicher filmischer Kraft die Geschichte einer erschütternden ersten Liebe einfängt.

Frankreich 2013; Kinostart: 19. Dezember 2013, 179 Min.

21. und 22. Februar

AM HANG

Ein älterer und ein jüngerer Mann unterhalten sich über die Liebe und erinnern sich an die Beziehung zu einer Frau, die sich im Lauf des Gesprächs als ein und dieselbe herausstellt. Die gut besetzte und überzeugend gespielte Romanverfilmung weicht an entscheidender Stelle von der Vorlage ab und be-

vorzugt eine überraschende Wendung, mit der sie sich überzeugend von der Vorlage emanzipiert.

Deutschland 2013, Kinostart: 28. November 2013, 95 Min.

Dienstag, 25. Februar, 19.30

AS TIMES GOES BY IN SHANGHAI

in Anwesenheit des Regisseurs Uli Gaulke

Eine Einladung zum North Sea Jazz Festival beschert der „Peace Hotel Jazz Band“ aus Shanghai ihren ersten Auslandsauftritt. Die Dokumentation begleitet die älteste Jazzband der Welt, die ihre Kunst seit der Nachkriegszeit zelebriert, bei den Reise- und Auftrittsvorbereitungen und versammelt biografische Impressionen. (O.m.d.U.)

In Kooperation mit der neuen Jazz Initiative Celle.

28. Februar und 01. März

ELTERN

Eine scheinbar perfekte moderne Vorzeigefamilie droht zu zerbrechen, als der bislang den Haushalt besorgende Vater aus der gemeinsamen Wohnung auszieht, um wieder als Theaterregisseur zu arbeiten. Solide inszenierte, gut gespielte Komödie, die munter und turbulent eine klassische Romanze mit Eifersüchteleien, Nebenbuhlern, Streit und Missverständnissen entwickelt und sie um die Kinder-Thematik erweitert.

Deutschland 2013, Kinostart: 14. November 2013, 95 Min.

07. und 08. März

HOUSTON

Ein deutscher Headhunter will sich mit einem Geschäftsabschluss in den USA aus einer existenziellen Sackgasse befreien. Angst vor dem Versagen und seine Alkoholsucht machen ihm jedoch einen Strich durch die Rechnung. Ein gesellschaftskritischer Film um eine grandios gespielte, kafkaeske Hauptfigur, die sich vergeblich abmüht, sich in den Strukturen eines undurchdringlichen Systems zurechtzufinden. Die kluge Inszenierung durchbricht den grundlegenden Realismus dabei immer wieder wohltuend mit surrealen Szenen. Ulrich Tukur überzeugt als im Nirwana der steril glänzenden Hochhausfassaden gefangener, tragisch ambivalenter Anti-Held, dem der Kapitalismus gründlich das Lachen ausgetrieben hat.

D/USA 2012, Kinostart: 5. Dezember 2013, 107 Minuten

14. und 15. März

ALPHABET

Dokumentarfilm über eine Tendenz innerhalb der seit den Pisa-Reformen stärker instrumentalisierten Bildungssysteme. Humanistische Ideale, so der Film, würden darin zugunsten von Zielen verdrängt, die in industriell-arbeitsteiligen Gesellschaften direkten Nutzen versprechen. Dritter Teil einer kapitalismuskritischen Trilogie von Erwin Wagenhofer, der im Konkurrenzdenken, das von der Wirtschaft auf die Bildung übertragen wurde, einen fundamentalen Fehler erkennt.

D/Österreich. 2013, Kinostart: 11. Oktober 2013, 113 Min.

Politische Termine in und um Celle

Di., 04. Februar, 19.00

Blut und Ehre - Zu Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt

Buchvorstellung durch Andrea Röpcke
Musenmühl Eschede, Rebberlaher Str. 3
Veranst.: Arbeitskreis für Demokratie und Menschenrechte Eschede, Eintritt frei

Di., 25. Februar, 18.30

Der Erste Weltkrieg: Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts

Dozent: Enno Stünkel

2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal. Er umfasste wie nie ein historisches Ereignis zuvor alle Bereiche von Staat, Gesellschaft und Kultur. Wie aber kam es zu dieser weltweiten Katastrophe? Welche Machtverhältnisse, Ereignisse und Spannungen führten dazu, dass der Krieg in kürzester Zeit ganz Europa und von dort aus die ganze Welt in ein bis dahin ungekanntes Unglück stürzte? An diesem Vortragsabend wird die Geschichte kurz vor und während des Weltkriegs behandelt.

VHS Celle, Kursnummer CE 1103, Teilnehmer*innen-Gebühr: 9,00

Di., 04. März, 18.30

Praktische Menschenrechtsarbeit

Dozentin: Gabriele Frech

An diesem Abend stellt die Celler Gruppe von Amnesty International Schwerpunkte ihrer Arbeit und aktuelle Fälle von Menschenrechtsverletzungen vor und zeigt, auf welche Weise jeder einzelne sich für die Menschenrechte einsetzen kann.

VHS Celle, Kursnummer CE 1203, Teilnahme ist kostenfrei

Do., 06. März, 18.30

»Alte kassieren! Junge zahlen nur drauf!« Mythen und Fakten zur Rentenpolitik

Referentin: Dr. Sabine Reiner (Berlin)

Veranst.: Rosa Luxemburg Club

VHS Celle, Eintritt frei

Mehr auf Seite 20 in diesem Heft

Di., 11. März, 18.30

Der große Krieg in Celle Celle im Ersten Weltkrieg

Dozent: Rainer Voss

Der Erste Weltkrieg hat selbstverständlich auch deutliche Spuren im Celler Raum hinterlassen. Wie in vielen Gegenden Deutschlands zogen Celler Männer 1914 noch begeistert in den Krieg. Der Vortrag soll einen Überblick über die vielfältigen lokalen Auswirkungen der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts geben. Darunter die Themen Flüchtlingsströme und Gefangenenlager. Aber auch die weiteren wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen in der Folge des Krieges - in unserer Region leitete ab November 1918 ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat den Übergang zur demokratischen Republik ein.

VHS Celle, Kursnummer CE 1104, Teilnehmer*innen-Gebühr: 9,00

Do., 20. März, 18.30

Energiepolitik der EU: Binnenmarkt über alles?

Referent: Dr. Ulrich Schachtschneider

Veranst.: VHS Celle und RLS Nds.

VHS Celle, Eintritt frei

Mehr auf Seite 20 in diesem Heft

Di., 25. März, 18.30

"In dieser großen Zeit" - Der Erste Weltkrieg und die Literatur

Dozent: Enno Stünkel

Der Erste Weltkrieg veränderte auch die Literatur. Viele Autoren stellten ihr Werk in den Dienst des Nationalismus, einige wenige wurden, wie Karl Kraus, zu radikalen Gegnern des Krieges. Wir werden an zwei Abenden den Spuren folgen, die die Erfahrung des modernen Krieges im Werk deutschsprachiger Autoren hinterlassen hat. Die Spuren suche beginnt 1914 in Wien und führt bis zu den Auseinandersetzungen um die Fragen von Kriegsschuld und Niederlage in den späten 1920er Jahren.

Zweiter Abend dieser Veranstaltung am Di., 01. April 2014

VHS Celle, Kursnummer CE 1105, Teilnehmer*innen-Gebühr: 16,50



Bilder aus dem Fotoalbum eines KZ-Kommandanten

Die Ausstellung präsentiert rund 100 Aufnahmen aus dem dienstlichen Fotoalbum des ersten Kommandanten von Sachsenhausen, Karl Otto Koch, das die Gedenkstätte in den Archiven des russischen Geheimdienstes fand. Aus dem Blickwinkel der SS-Täter wird darin nicht nur die Errichtungsphase des KZ Sachsenhausen dokumentiert, sondern auch der Aufbau des KZ-Systems in Deutschland von 1933 bis Juli 1937.

Mit dem Aufbau des als Modell- und Schulungslager geplanten KZ Sachsenhausen ab Sommer 1936 begann eine völlig neue Phase der Konzentrationslager, die nach der Ausschaltung der innenpolitischen Opposition zu Instrumenten der rassistischen und sozialen Verfolgung, der Bevölkerungspolitik und der Kriegsvorbereitung werden.

In nur einem Jahr rodeten die Häftlinge – die Belegungsstärke stieg zwischen September 1936 und Juli 1937 von 900 auf rund 3000 Häftlinge an – etwa 80 Hektar Wald und errichteten mehr als 100 Gebäude. Neben dem Häftlingslager entstanden die Kommandantur, das SS-Truppenlager, ein Industriefeld sowie mehrere Wohnsiedlungen für die Familien der SS-Führer.

Die Ausstellung basiert auf einer 2006 erstmals in der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen gezeigten Sonderausstellung anlässlich der Gründung des KZ Sachsenhausen vor 70 Jahren.

Ort: Celler Synagoge, Im Kreise 24

Laufzeit: noch bis zum 30. März 2014



Kunst & Kultur

Sa., 08. Februar, 19.30

Trendkill Rockshow

Mit: Tricky Lobsters, Dynamite Roadkill, Sexy Chocolate, Them Bones, Motogiant

CD Kaserne, AK 10,00

Sa., 08. Februar, 20.30

So What?

Aimelys Fabrik Lounge, Eintritt frei

Sa., 08. Februar, 20.00

Jam Session

CRI-Räume, CD-Kaserne

Sa., 15. Februar, 20.00

Ester Lorenz und Thomas Schmidt

Hebräische und sephardische Lieder
Synagoge, AK 12,00

So., 16. Februar, 18.30

Simon and the Bar Sinisters

Aimelys Fabrik Lounge, Eintritt frei

Mi., 19. Februar, 20.00

Songs & whispers präsentiert:

James Cottrill (London UK), Raleigh (Calgary CAN)

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Sa., 22. Februar, 20.15

Foru4Soul

Aimelys Fabrik Lounge, Eintritt frei

Sa., 22. Februar, 20.00

ReCartney

CDK, VVK 15,90, AK 17,00

Fr., 28. Februar, 20.00

Open Stage

CRI-Räume, CD-Kaserne

Sa., 01. März, 21.00

Trez Hombrez

ZZ Top Coverband

CDK, VVK 15,90, AK 17,00

Do., 06. März, 20.00

3rd Dregre Leburn (USA/UK/IT)

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 07. März, 19.00

Jazz Session

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 07. März, 20.00

High Five

A Capella

CDK, VVK 17,90, AK 19,00

Sa., 08. März, 20.00

Jam Session

CRI-Räume, CD-Kaserne

Do., 13. März, 20.00

Kieran Halpin

Aimelys Fabrik Lounge, Eintritt frei

Fr., 14. März, 20.00

Joscho Stephan & Helmut Eisel Quartett

«Gipsy meets the Klezmer»

Hof Wietfeldt, VVK 20,00, AK 22,00

Sa., 15. März, 22.00

Party Electro-Sphere

Mit XVI., Erase, Hans Dampf, Nein-T
B2B Dirty_Mike, Bwoi, Rowdy

Buntes Haus, AK 5,00

Fr., 21. März, 21.00

Freedom – The Party

CDK, AK 5,00

Sa., 22. März, 20.00

Vasage Klezmer Trio

Synagoge, AK 12,00

Do., 27. März, 20.00

Adjiri Odametey

Afrikanische Weltmusik

CDK, VVK 16,90, AK 19,00

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

Attac-Plenum

jeden 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Ange-
stellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

jeden 2. Di. im Monat, 19.30
Uhr – Kino 8 1/2

Umsonst-Laden

jeden Di. und Do, 17.00 – 19.00
Uhr – Buntes Haus

Critical Mass Celle

Winterpause

Bunt Sozial Gerecht e.V.

Erwerbslosenberatung
Neustadt 52
montags und mittwochs
14:00 – 17:45 Uhr

Buntes Haus Plenum

jeden Donnerstag, 19.00 Uhr,
Buntes Haus

Fr., 28. März, 19.00

Angelo Kelly

CDK, VVK 24,90, AK 28,00

Fr., 28. März, 20.00

Open Stage

CRI-Räume, CD-Kaserne

Sa., 29. März, 20.00

Klaus Major Heuser Band

CDK, VVK 16,90, AK 19,00

Sa., 29. März, 20.00

Easter Suite mit dem Olaf-Cordes-Trio (Bielefeld)

Stadtkirche St. Marien, AK 15,00